

2012-02-02

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 26.10.2011

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist:**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Fraktion der CDU

Weber, Hendrik

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde

Unentschuldigt

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest (derzeit waren 38 anwesende Stimmberechtigte anwesend).

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung gab Herr Dr. Exner zwei Änderungen bekannt. Als Punkt **6.2** sollte die Gemeinsame Erklärung der Fraktionen im Stadtrat behandelt werden. Das Präsidium schlägt einvernehmlich mit dem Oberbürgermeister vor, diesen Punkt sofort **im Anschluss an den TOP 2** durchzuführen. *(Die Niederschrift dieses TOP finden Sie in der Reihenfolge der ausgereichten Tagesordnung auf S. 15.)*

Des Weiteren ging beim Präsidium am vergangenen Freitag der Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen auf Durchführung einer **Aktuellen Stunde** zur aktuellen Situation und zur zukünftigen Arbeit der Verwaltungsspitze ein. Diesen Tagesordnungspunkt fügt das Präsidium **nach dem Punkt 5** der ausgereichten Tagesordnung (ohne Nummerierung) ein.

Zu Wort meldete sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, und fragte, inwieweit das Thema der Aktuellen Stunde mit Persönlichkeitsrechten verbunden ist. Er regte an, in diesem Fall Nichtöffentlichkeit herzustellen. Darauf erwiderte **Herr Dr. Exner**, Vorsitzender des Stadtrates, es gebe den kommunalrechtlichen Grundsatz der Öffentlichkeit. Alles, was nicht unbedingt nichtöffentlich verhandelt werden muss, wird öffentlich verhandelt. Aus diesem Grund findet die Aktuelle Stunde auch öffentlich statt. Sollte ein Stadtrat im Verlauf der Diskussion zur Auffassung gelangen, dass er zu Detailpunkten sprechen möchte, die nichtöffentlichen Charakter haben, müsse er dies in der öffentlichen Rede ankündigen. In der Folge muss das Präsidium entsprechend entscheiden, ob Nichtöffentlichkeit hergestellt werden muss. Das könne natürlich dazu führen, dass permanent Öffentlichkeit/Nichtöffentlichkeit hergestellt wird.

Die geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich bestätigt (1 Gegenstimme und 8 Enthaltungen).

3. Berichte des Oberbürgermeisters

3.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Eingangs sprach **Herr OB Koschig** seinen Dank für das einstimmige Votum für die Resolution aus.

Ebenso dankte er den Akteuren des Netzwerkes Gelebte Demokratie. Binnen weniger Tage stellten sie ein zwei volle Tage umfassendes Aktionsprogramm auf. Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Evangelischen Landeskirche Anhalts, der demokratischen Parteien, von Vereinen und Verbänden und Kultureinrichtungen an den Vorbereitungen haben mitgewirkt, um gemeinsam für das Motto „Bunte Vielfalt statt Brauner Ungeist“ einzustehen. Das Obergerverwaltungsgericht Magdeburg hat aber der Beschwerde der Stadt Dessau-Roßlau stattgegeben, so dass der geplante NPD-Bundesparteitag nicht in unserer Stadt stattfand. Im kleineren Rahmen habe das Netzwerk dann am 15. Oktober an der Friedensglocke Flagge gezeigt. Denn ohne ein erneutes klares Zeichen gegen Rechtsextremismus wollten die Partner des Netzwerkes nicht auseinandergehen. Es war ein guter Tag, auch wenn sich Herr Koschig eine bessere Resonanz vor allem auch unter der Politik gewünscht hätte.

Dem Vizepräsidenten des Landesverwaltungsamtes, Herrn Peter Kuras, dankte der Oberbürgermeister ebenfalls. Dieser hat uns sehr bei der Bewilligung der Fördermittel für die Ausstellung Anhalt International unterstützt und übergab persönlich den Zuwen-

dungsbescheid am 21. Oktober. Damit könne das Projekt voll durchstarten, denn bis zur geplanten Eröffnung am 29. Juni ist es nicht mehr sehr weit.

Die Arbeiten an der Vorbereitung des Jubiläumsjahres **ANHALT|800** wie auch für den Sachsen-Anhalt-Tag 2012 sind voll angelaufen. Schwierig gestaltet sich die Anschlussfinanzierung für die Geschäftsstelle ANHALT|800, da das Programm „Regionalmanagement“ nicht verlängert werden soll. Herr Koschig bat an dieser Stelle alle um ihre Unterstützung.

Das Organisationsbüro Sachsen-Anhalt-Tag arbeitet seit August. Am 10. Oktober hatte Herr Koschig die Heimatvereine unserer Stadt und die Ortsbürgermeister eingeladen, um über den Stand der Vorbereitungen zu informieren und über die Möglichkeiten der Einbringung unserer Vereine und Ortschaften zu diskutieren.

Wie beim Netzwerk Gelebte Demokratie, wurden auch hier die Potenziale unserer Stadt und ihrer Bürgerschaft sehr deutlich.

Die Stadt konnte Staat machen, als vom 28. bis 30.09.2011 die im Deutschen Städtetag organisierten städtischen Pressesprecher in Dessau tagten.

Eine ausgezeichnete Präsentation lieferte unsere Wirtschaftsförderung auf dem Gemeinschaftsstand DEMG Sachsen-Anhalt auf der EXPO REAL in München vom 4. bis 6. Oktober. Auf großes Interesse stieß der Mitteldeutsche Abend, wo sich die Metropolregion Mitteldeutschland erstmals gemeinsam präsentierte.

Sorgen bereitet uns momentan die Fahrzeugtechnik auf dem Waggonbaugelände, betonte Herr OB Koschig weiter. Gemeinsam mit weiteren Partnern von der IHK und der IG Metall wird ein Gespräch mit dem Unternehmer vorbereitet. In diesem von Herrn Behrens, dem Leiter unserer Agentur für Arbeit moderierten Gespräch will man zu einer Lösung kommen, um für den Standort wichtige Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch, um die wertvollen Ressourcen des Humankapitals, diese Facharbeiter, die über besondere Fähigkeiten verfügen, am Standort hier in unserer Region halten zu können. Unterstützung wurde von allen eben genannten Partnern zugesagt.

Herr OB Koschig sprach den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jetzt zu gleicher Stunde auf ihre Situation aufmerksam machen, die Solidarität der Stadt aus.

Viele Kontakte gab es in den vergangenen Wochen mit Vertretern der Landesregierung, mit Mitgliedern des Landtages zu unserem gemeinsamen Anliegen der Errichtung eines Besucher- und Ausstellungszentrums. In Auswertung des Parlamentarischen Abends zu diesem Thema am 7. September in Magdeburg luden der Förderverein Stiftung Bauhaus Dessau und die Stadt am 13.10. die Landtagsabgeordneten unserer Region in die Sparkasse Dessau ein. Herr Koschig hätte sich hier mehr Resonanz von unseren Landtagsabgeordneten gewünscht. Mit einem gemeinsamen Brief werden wir jetzt alle Landtagsabgeordneten informieren, denen es nicht möglich war, an der Veranstaltung teilzunehmen. Wir brauchen das Bauhausmuseum.

Am 10. Oktober waren Vertreter der Fraktion Die Linken zu Gast in unserer Stadt und haben uns besondere Unterstützung beim FAG und bei dem zu errichtenden Besucher- und Ausstellungszentrum zugesagt.

Ein besonderer Tag für unsere Musikschule war der 1. Oktober, als ihr der Förderverein der Musikschule einen neuen Steinway-Flügel schenkte, der offiziell mit einem kurzweiligen Festprogramm eingeweiht wurde.

Furore macht zurzeit unser Anhaltisches Theater mit der Inszenierung der „West Side Story“. Alle Veranstaltungen sind ausverkauft.

Auf eine außerordentlich gute Resonanz stießen die Stadtwerke DVV mit der Eröffnung des Kundenbüros in der Roßlauer Hauptstraße.

Zum Thema Hochwassermücken informierte Herr Koschig, dass es in der nächsten Woche eine Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaften aus den Nachbarkreisen und der Stadt Dessau-Roßlau in Coswig/Anhalt geben wird. Unsere Verwaltung erarbeitet für die Dezember-Sitzung des Stadtrates einen Beschlussvorschlag.

In seinem Bericht fortfahrend, informierte Herr OB Koschig über seinen Aufenthalt in der vorigen Woche mit einer kleinen Delegation in der Stadt Rehoboth in Namibia. Der Bürgermeister aus Rehoboth und zwei Kollegen aus der Stadtverwaltung waren im März in unserer Stadt und nun waren wir der Gegeneinladung gefolgt. Wie Herr Koschig bereits informiert hatte, möchte Rehoboth gern eine Städtepartnerschaft mit Dessau-Roßlau begründen. Unabhängig von der großen Entfernung (10 Flugstunden) konnte festgestellt werden, dass es gute Gründe gebe, eine solche mit einer afrikanischen Stadt einzugehen. Als ersten Schritt habe man über einen Schüleraustausch mit dem Walter-Gropius-Gymnasium gesprochen und weitere Gespräche für das nächste Jahr vereinbart. In diese werden die Mitglieder des Stadtrates wiederum eingebunden.

Der Botschaft in Berlin und dem Konsulat in Hannover dankte Herr Koschig für die ausgezeichnete Organisation.

Über eine anstehende Einwohnerversammlung im Stadtteil Dessau-Alten informierte der Oberbürgermeister und sprach die Einladung an alle Einwohnerinnen und Einwohner aus. Die Einwohnerversammlung findet am Montag, 7. November, 18.00 Uhr, in der Sekundarschule Zoberberg, Kastanienhof 14, statt. Auf der Tagesordnung stehen die Neuordnung des Parkens in der Köthener Straße zwischen Hünefeldstraße und Uthmannstraße sowie Informationen zur Grundwasserproblematik und zum Grabensystem in Alten. Für weitere Fragen, Anregungen, Bedenken oder Beschwerden, die den Stadtbezirk Alten betreffen, stehe Herr Koschig und weitere Mitarbeiter zur Verfügung.

Eine weitere Einladung sprach Herr OB Koschig zum Gedenken der Pogromnacht am 9. November aus. In diesem Jahr beginnt das Gedenken bereits um 15.30 Uhr an der Stele, da der neue Landesrabbiner, der heute feierlich in sein Amt eingeführt wird, nur zu dieser Zeit nach Dessau-Roßlau kommen kann. Anschließend versammeln wir uns wiederum an der Friedensglocke.

Die Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages am Sonntag, 13. November 2011, findet 11.30 Uhr auf dem Ehrenfriedhof, Friedhof III, statt, wozu Herr Koschig ebenfalls einlud.

Angaben zum Hochwasserschutz und zum Stand der Baumaßnahmen können wie gewohnt wiederum den übermittelten Unterlagen entnommen werden. Aufgrund der ausführlichen Tagesordnung verzichtete **Herr OB Koschig** auf weitere Ausführungen.

3.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde folgender Beschluss im nichtöffentlichen Teil gefasst, welcher durch Herrn OB Koschig benannt wurde:

Verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dessau-Roßlau

4. Einwohnerfragestunde

Zu Wort meldete sich **Herr Thomas Mau**, Vertreter der Fahrzeugtechnik Dessau GmbH CTF. Er machte auf die Probleme der Beschäftigten aufmerksam. In den letzten Tagen habe man die Presseveröffentlichungen zur Situation des Betriebes verfolgen können, welche für die Mitarbeiter eine sehr große Belastung darstellt. Hier stelle er in ihrem Namen die Frage, wie wird die Stadt Dessau-Roßlau hierauf reagieren, um den Schaden für den Wirtschaftsstandort Dessau aufgrund des Handelns des rumänischen Arbeitgebers nach 116-jähriger Waggonbautradition zu begrenzen. Dabei bitten die Beschäftigten, die internen Probleme im Rathaus in ihrem Sinne erst einmal hintenan zu stellen und sie beim friedlichen Protest um 17.00 Uhr vor dem Werktor zu unterstützen.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner erklärte, dass das Anliegen nachvollziehbar sei und er sprach die Bitte aus, dass jeweils ein Vertreter jeder Fraktion an der genannten Veranstaltung um 17.00 Uhr teilnimmt.

Wie er bereits in seinem Bericht informiert habe, sehe die Stadt die Lage gleichfalls sehr ernst, erklärte **Herr OB Koschig**. Man will die Möglichkeiten, die der Stadt zur Verfügung stehen, auch ausschöpfen, weshalb Herr Koschig gemeinsam mit dem Wirtschaftsdezernenten diese Gesprächsrunde vereinbart, zu der der Geschäftsführer bzw. Gesellschafter und der Betriebsratsvorsitzende eingeladen werden sollen. Hier soll gerade dem Anliegen entsprochen werden, den Standort in unserer Stadt, in unserer Region zu halten und auch die Beschäftigten als hervorragende Fachkräfte, auf die die Stadt sehr stolz ist, am Standort zu halten. Herr Dr. Brockmeier von der IHK und auch der Leiter der Agentur für Arbeit haben sich für die Moderation zur Verfügung gestellt. Insofern sind alle Ansprechpartner in der Stadt, die Unterstützung geben können, mit im Boot.

Herr Peter Kreßner, wohnhaft in Dessau, Kavalierstraße 51, wies auf seinen Brief an den Stadtratsvorsitzenden, welchen er im Vorfeld der heutigen Sitzung diesem zukommen ließ. Er bat um Beantwortung der darin enthaltenen Fragen bzw. ob die Thematik evtl. Gegenstand einer Sondersitzung des Stadtrates sein wird. Es geht um die zukünftige Gestaltung unserer Bauhausstadt bzw. dessen Umfeldes und die touristische Entwicklung gemäß Leitbild usw.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner bestätigte den Eingang des umfangreichen Schriftstückes und sagte dessen Beantwortung zu. Der erste Teil der Anfragen hätten ohnehin in der heutigen Sitzung nicht zugelassen werden können, da er die Thematik Bauhaus betraf, die heute auch auf der Tagesordnung steht. Inwieweit und ob die weiteren Fragen Thema im Stadtrat sein wird, wird im politischen Gremien beraten werden.

An Herr Hantusch gewandt, stellte **Herr Fischer** (Anschrift evtl. im Amt bekannt) folgende Fragen:

- Nachdem das Projekt der Wegeerneuerung auf dem Friedensplatz in Angriff genommen wurde, bevor die Diskussion des Masterplanes erfolgte, fragte er, ob nun auch die Ferdinand-von-Schill-Straße aufgewertet wird. Ansonsten werden die Zerbster Straße perspektivisch abgehängt und die dort bisher investierten Mittel entwertet. Die Ferdinand-von-Schill-Straße, die auch über Altbausubstanz verfügt, sei ein tatsächlicher Schandfleck.
- Zur Prioritätensetzung der Maßnahmen des Masterplanes Innenstadt fragte Herr Fischer, ob bei dieser Entscheidungsfindung auch die Bürger einbezogen werden und wie diese Einbeziehung aussehen soll. Er schlug vor, mehrere Pakete mit Maßnahmen in bestimmten Schwerpunkten räumlich oder sachlich zusammenzufassen und im Internet zur Abstimmung zu stellen. Sie müssten natürlich vorher öffentlich diskutiert werden, so dass Pro und Kontra bekannt sind. Die Abstimmung sollte wenigstens 1 Monat im Voraus angekündigt werden, im Gegensatz zu der Veranstaltung, die bereits im Oktober gelaufen ist.
- Wie sollen die Maßnahmen in der Kavallerstraße finanziert und dauerhaft erhalten werden. Er meinte dabei die Vorstellung eines Boulevards und einer dritten Zentralhaltestelle und fragte vor dem Hintergrund der prognostizierten Bevölkerungsabnahme bis 2025, der Schuldenbremse und des Auslaufens der Zuschüsse zum Solidarpakt.
- In der genannten Veranstaltung war gesagt worden, es wäre die Auftaktveranstaltung. Dies sei ein Fortschritt, doch das Datum der Folgeveranstaltung wurde nicht genannt. Wann soll diese sein?
- Herr Hantusch habe in der letzten Stadtratssitzung auf einen Weg verwiesen, wie man die notwendigen Gelder zur Sanierung des Rathausdaches erhalten kann, ohne die sozialen Brennpunkte in der Stadt zu vernachlässigen. Herr Fischer erklärte, wir brauchen die Ostrandstraße nicht. Die Bevölkerungsprognose sehe auch für das Umland nicht besser aus und an Gewerbeflächen besteht ein Überangebot und die Parzellenpreise sind seit Jahren sinkend. Für den Hochwasserschutz ist der Bahndamm breit genug und hat eine Spundwand. Verkehrstechnisch ...

An dieser Stelle unterbrach der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner**, da die letzte Frage die Thematik mehrerer Beschlussvorlagen am heutigen Tage berührt und so nicht zulässig sei.

Abschließend verwies **Herr Fischer** darauf, dass alle Mitglieder des Stadtrates aus Ortschaften kommen, die auch einen Ortschaftsrat haben. Welche Möglichkeiten gibt es in Zukunft für die Bevölkerung der Innenstadt, rechtzeitig vor der Behandlung im Stadtrat zu den Vorhaben Stellung zu nehmen?

Die von Herrn Fischer aufgeworfenen Fragen wurden durch **Herrn Beigeordneten Hantusch** beantwortet:

- Die Ferdinand-von-Schill-Straße ist im Moment nicht im Focus der Stadtverwaltung, da nach dem Masterplan Innenstadt, so wie er jetzt aufgestellt wurde, die Achse vom ECE zum Bahnhof favorisiert wird. Deshalb wurde am Friedensplatz angefangen, da dort erhebliche Defizite aufgelaufen sind.
- Bei allen größeren Maßnahmen und vor allem Konzepten wird die Bürgerschaft beteiligt, so wie es jetzt im Alten Theater in einer Auftaktveranstaltung war. Am Mittwoch letzter Woche wurde der Masterplan Innenstadt ins Internet gestellt, d. h. dort

ist er jetzt für jeden einsehbar (s. E. für 4 Wochen). Die Bürger wurden über die MZ aufgerufen, sich hier rege zu beteiligen. Diese Eingaben werden aufgenommen, wie es in jedem Planverfahren gemacht wird, sie werden abgewogen und dann wieder der Öffentlichkeit in einer weiteren Veranstaltung vorgestellt.

- Maßnahmenpakete würden im Moment nicht gesehen, da es viele Stellen innerhalb der Stadt gibt, die Brüche aufweisen. Da mache es keinen Sinn, Pakete zu bilden, sondern man muss versuchen, Prioritäten zu setzen.
- Zur Kavaliertstraße habe Herr Hantusch Stellung bezogen in einem Interview in der letzten Woche, dass er diese als vordringlich sehe. Es wurden auch schon Arbeiten in Auftrag gegeben. Hier müsse der Verkehr herausgebracht werden, dann könne über die weitere Planung entschieden werden. Es gibt also die klare Vorstellung, den Zustand vor „Druschke“ und McDonald, „die Kettenschaukeln“ wegzunehmen und einen Übergang zu bekommen vom ECE, in den Stadtpark hinein in der Verlängerung zum Bahnhof. Auch dies könne im Internet nachgelesen werden.

Herr Fischer bedankte sich für die Antwort.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt, so dass der Tagesordnungspunkt geschlossen wurde.

Die Sitzung wurde von insgesamt 6 Stadträten (Vertreter jeder Fraktion) verlassen, um am Protest der Mitarbeiter der Fahrzeugtechnik teilzunehmen.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Einbringung der Haushaltssatzung/Haushaltskonsolidierungskonzept 2012

Frau Beigeordnete Nußbeck erhielt zur Einbringung des Haushaltsplanes 2012 das Wort. Sie verwies darauf, dass am heutigen Tage trotz schwieriger Rahmenbedingungen dennoch rechtzeitig der Entwurf des Haushaltes 2012 inklusive Konsolidierungskonzept überreicht werden konnte, um ihn nach intensiver Beratung auch noch in der letzten Stadtratssitzung dieses Jahres verabschieden zu können. Die Termine für die Haushaltsberatungen können dem Deckblatt der Beschlussvorlage entnommen werden.

Dieser Haushalt 2012 wird der letzte Haushaltsplan auf kameraler Ebene sein. Frau Nußbeck wollte heute nicht alle Details erläutern, das soll wieder der ersten Haushaltsberatung vorbehalten bleiben, sondern auf die Gesamtsituation und die politischen Rahmensetzungen eingehen.

Am 16. Dezember 2009 wurde das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG) beschlossen, das eigentlich den Systemwechsel von der ausschließlich einwohnerbezogenen hin zur aufgabenbezogenen Finanzausstattung vollziehen sollte.

Auf Grund der Reduzierung der Finanzmasse um ca. 100 Mio. EUR und der veränderten Verteilung hatte die Stadt Dessau-Roßlau immerhin Mindereinnahmen von über 8 Mio. EUR pro Jahr zu verkraften.

Dieses neue FAG wurde aber nur für 2010 und 2011 beschlossen, um mit der Weiterentwicklung des FAG in Richtung einer stärkeren Aufgabenbezogenheit fortzufahren. Nach Ablauf dieser zwei Jahre hat sich an der Regierungskoalition grundsätzlich nichts geändert, aber der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf des FAG für 2012/13 erfüllt

nicht die Erwartungen, die insbesondere die kreisfreien Städte daran hatten. Er bildet aber für unsere Haushaltsplanungen die Grundlage.

Frau Nußbeck verwies auf die derzeitige Lage:

Zunächst ist festzustellen, dass die Finanzmasse für die Kommunen gekürzt wird - für 2012 um 70 Mio. EUR und für 2013 um 50 Mio. EUR.

Dies wird vor allem damit begründet, dass die Kommunen ja Steuermehreinnahmen hätten und auch Überschüsse erwirtschaftet haben und somit die Zuweisungen angepasst werden könnten. Nicht begründet wird allerdings, wieso der Doppelhaushalt des Landes für 2012 bei einer Erhöhung des Gesamtvolumens um 250 Mio. EUR ausgerechnet bei den Kommunen kürzt, wenngleich es auch keine Aufgabenverschiebungen hin zum Land und weg von den Kommunen gegeben hat.

Die Stadt Dessau-Roßlau hat die gesetzliche Pflicht, die bis 31.12.2010 kumulierten Jahresfehlbeträge in Höhe von 40,2 Mio. EUR, einschließlich der in den Folgejahren geplanten Fehlbedarfe bis 2018 durch Konsolidierungsmaßnahmen vollständig abzubauen. Dieser Abbau gelingt nur mit der Erwirtschaftung laufender Überschüsse und deshalb verbietet es sich, dass den Kommunen die durch die Konsolidierung erwirtschafteten Überschüsse über das FAG wieder weggenommen werden.

Damit werden die Mühen der Konsolidierung vor Ort ad absurdum geführt.

Allerdings gibt es aus dem neuen Entwurf des FAG auch Positives zu vermelden, denn es ist beabsichtigt, beim Verteilungsmaßstab für die Investitionshilfen wieder zu dem bis 2009 gültigen Verteilerschlüssel 75 % nach Einwohner und 25 % nach Fläche zurückzukehren. Da die Stadt Dessau-Roßlau eine große Fläche aber eine geringe Einwohnerdichte hat, würde ihr dieser Verteilerschlüssel wieder zugute kommen und rd. 2,2 Mio. EUR Mehreinnahmen aus der Investitionshilfe bescheren.

Das neue FAG sei jedoch nur ein Entwurf, der jetzt erst beraten werden soll und die Stadt wird Gelegenheit haben, in der Anhörung am 3. November im Landtag ihren Standpunkt dazu darzulegen.

In unserem vorliegenden Haushaltsentwurf konnte diese Entwicklung daher noch keine Berücksichtigung finden. Der aktuelle Entwurf für 2012 hat im

Verwaltungshaushalt

Einnahmen in Höhe von	171,6 Mio. EUR	und
Ausgaben in Höhe von	200,2 Mio. EUR	

veranschlagt.

Damit entsteht ein **planmäßiges Haushaltsdefizit** in Höhe **von 28,6 Mio. EUR**, **davon** beträgt das **strukturelle Defizit** **8,5 Mio. EUR**.

Somit ist das planmäßige strukturelle Defizit in 2012 sogar noch um 1,3 Mio. EUR höher als 2011.

Wesentliche Gründe für die Veränderungen in 2012 sind:

Die Zuweisungen nach dem FAG und die Ausgleichsleistungen für Hartz IV vom Land reduzieren sich insgesamt um 6,5 Mio. EUR

Weitere Mindereinnahmen aus niedrigeren Zuschüssen kommunaler Unternehmen, Mehrausgaben aus den gestiegenen Bewirtschaftungskosten, für den Sachsen-Anhalt-Tag, Anhalt|800 sowie der erhöhten Zuführung an den Vermögenshaushalt führen letztlich zu einer Verschlechterung gegenüber 2011 um insgesamt 8,7 Mio. EUR.

Kompensiert werden diese negativen Einflüsse nur teilweise durch Mehreinnahmen bei den Gewerbesteuern, dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern, bei den Gewinnbeteiligungen und Konzessionsabgaben sowie durch Minderausgaben beim Personal, bei den Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe sowie bei den Ausgaben für Zinsen.

Dennoch ist es gelungen, in der Finanzplanung den Haushaltsausgleich bis 2018 darzustellen, ohne zusätzliche weitere Konsolidierungsmaßnahmen aufzunehmen, weil eine Reihe von Einflussgrößen sich nur verschoben hat bzw. nur zeitlich befristet wirkt.

Um den Haushaltsausgleich für 2018 vollständig wieder herzustellen, ist es weiterhin erforderlich, das vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept zu verabschieden. Das vorliegende Konsolidierungskonzept wurde auf der Basis der Ist-Erfüllung bzw. der Nichterfüllung oder zeitlichen Verschiebung aktualisiert und fortgeschrieben.

Wesentlicher Bestandteil ist auch weiterhin der bereits beschlossene und planmäßig weiter umzusetzende Stellenabbau und die begleitenden Maßnahmen für eine sozialverträgliche Umsetzung. Dazu gehören

- der Abschluss von Teilzeitarbeitsverträgen, wodurch zusätzlich rd. 370 TEUR allein in 2011 erspart werden und auch für 2012 geplant sind und
- die Altersteilzeit sowie der Abschluss einvernehmliche Aufhebungsverträge mit erhöhter Abfindung.

Das aktuelle Konsolidierungskonzept sieht insgesamt den Stellenabbau von 238 Stellen vor, davon 217 Stellen bis 2018.

Im Jahr 2011 werden insgesamt 33 Stellenreduzierungen tatsächlich vollzogen.

Am 01.01.2011 waren es noch 1.190 Stellen

Am 01.01.2012 werden es 1.157 Stellen sein.

Bis zum 01.01.2019 soll die Stellenzahl auf 919 Stellen reduziert werden.

Selbstverständlich werden wir das Jahr 2012 dazu nutzen, um neue Effizienzreserven bzw. Anpassungserfordernisse zu ermitteln. Unter anderem wird auch für 2012 erneut eine externe Besetzungssperre an bestimmte Stellen angefügt, womit wieder rd. 500 TEUR erspart werden.

Die konsequente Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen bleibt ein Dauerthema für die gesamte Verwaltung, nicht nur für das Finanzdezernat. Für die Sicherung einer auch weiterhin ausgewogenen Entwicklung dieser Stadt ist das gemeinsame Zusammenwirken unter gesamtstädtischem Blickwinkel, auch unter Zurückstellung dezernatsbezogener Interessen notwendig. Dies wiederum gelingt nur mit einer zielorientierten und konsequenten Führung dieses Prozesses.

Es gibt jedoch auch einige wichtige Konsolidierungsmaßnahmen in unserem Konzept, die nach wie vor mit Risiken behaftet sind, weil deren Umsetzung nicht nur vom Willen der Stadt abhängt. Dabei ist der höchste Einsparbeitrag im Konsolidierungsvorschlag Nr. 33000-1 zum Anhaltischen Theater mit insgesamt 3,7 Mio. EUR geplant. Im Jahr

2012 stehen daher nicht nur die üblichen Gespräche zur Theaterfinanzierung an, sondern es geht um die grundsätzliche Zukunft des Hauses.

Es dürfte mittlerweile unbestritten sein, dass die Stadt Dessau-Roßlau mit den finanziellen Lasten für ihr kulturelles Erbe überfordert ist und dass es überhaupt keine Rechtfertigung für eine finanzielle Schlechterstellung des kreisfreien Oberzentrums Dessau-Roßlau gegenüber Halle und Magdeburg gibt. Eine finanzielle Gleichstellung des dritten Oberzentrums über das FAG wäre auch die nachhaltigste Lösung unserer Probleme. Deshalb besteht auch weiterhin unsere Hauptforderung an das Land, mit der Reform des FAG endlich die finanzielle Gleichstellung der drei Oberzentren umzusetzen und gleichzeitig eine bessere aufgabenbezogene Verteilung der knappen Mittel zu erreichen.

Die Leuchttürme dieses Landes sind seine Städte, aber die Hauptlasten aus dem sozialen Ungleichgewicht tragen die drei großen Städte und diese Erkenntnisse müssen sich endlich auch bei der Verteilung der finanziellen Mittel widerspiegeln. Dennoch sind wir der Auffassung, dass unser Konsolidierungskonzept plausibel und unsere Finanzplanung belastbar sind, wenn nicht wieder und wieder Eingriffe in unsere Finanzausstattung erfolgen.

Inzwischen haben die Kürzungen aus dem FAG allerdings auch deutliche Spuren in unserem Vermögenshaushalt und in unserem Investitionsplan hinterlassen.

Nur um das Ausmaß der Kürzungen zu verdeutlichen, stellte Frau Nußbeck dar: In 2009 betragen die Investitionshilfen noch 11,2 Mio. EUR, in 2010 sanken sie auf 5,3 Mio. EUR und für 2012 ist die Investitionshilfe in Höhe von nunmehr 4,4 Mio. EUR geplant. Das ist ein Rückgang um 61 %.

Allerdings ist mit der letzten Fassung des FAG nunmehr eine Rückkehr zum ursprünglichen Verteilungsschlüssel geplant und dies könnte uns eine Mehreinnahme von 2,2 Mio. EUR in die Kasse spülen, wenn dies so beschlossen wird. Dies wären somit zusätzliche Eigenmittel für die Inanspruchnahme weiterer Fördermittelprogramme und eigener Investitionen. Wir werden daher in die laufenden Haushaltsberatungen auch noch den Vorschlag der Verwaltung für die Verwendung dieser Mehreinnahmen einbringen.

Dieser Vermögenshaushalt ist ein Vorschlag der Verwaltung, der einerseits die Beschlusslagen abbildet und andererseits die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die begonnene Diskussion über die Prioritätensetzung war hier ein sinnvoller Einstieg und Orientierung für den vorliegenden Vermögenshaushalt.

Ein wirksames Instrument für die Aufstellung künftiger Haushalte ist dies jedoch erst dann, wenn diese dezernatsbezogene Priorisierung zu einer gesamtstädtischen Prioritätensetzung unter Einbeziehung **aller** wesentlichen Investitionen entwickelt wird. Dazu gehört auch eine Diskussion über die Gewichtung der angewendeten Kriterien. Insofern halte ich die Fortführung einer sachlichen Diskussion über die künftige Schwerpunktsetzung auch im Hinblick auf bisher im Investitionsprogramm nicht enthaltene Maßnahmen, wie die Ostrandstraße, die Sanierung der Südschwimmhalle oder Maßnahmen zur Beherrschung der Grundwasserproblematik für notwendig und geboten.

Den Gestaltungsrahmen setzen dabei immer die zur Verfügung stehenden Eigenmittel und vor allem auch die zur Verfügung stehenden Fördermittel. Es darf letztlich nicht vergessen werden, dass auch im Vermögenshaushalt 2012 für die geplanten Investitionen bzw. Investitionszuschüsse eine durchschnittliche Förderquote von Bund und Land in Höhe von rd. 75% besteht. Das bedeutet im Umkehrschluss – unser Vermögenshaushalt ist zu $\frac{3}{4}$ fremdbestimmt.

Die Prämisse, die insbesondere aus Sicht des Finanzdezernates an den Vermögenshaushalt und an die Prioritätensetzung gestellt wurde, ist daher zunächst die weitgehende Ausfinanzierung der Maßnahmen.

Unter Zugrundelegung des gesetzlichen Anspruchs von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit haben wir uns bemüht, einen Plan vorzulegen, dessen praktische Umsetzung durch eine weitestgehend gesicherte Finanzierung gewährleistet ist.

Frau Beigeordnete Nußbeck schätzte abschließend ein, es liegt heute alles in allem ein solider Haushaltsentwurf zur Beratung vor, der auch die Hinweise der Kommunalaufsicht aus den letzten Jahren aufgenommen hat. Sie sprach den Wunsch nach sachlichen und ergebnisorientierten Haushaltsberatungen mit dem Ziel einer Beschlussfassung noch in diesem Jahr aus, damit auch wieder ein gutes Signal in Richtung Wirtschaft und Handwerk, Vereine und Bürgerschaft gehen kann.

5.2 Novellierung zum OB-Beschluss DR/BV/160/2011/VI-66 vom 16.05.2011 "Großflächige bituminöse Fahrbahndeckensanierungen in der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des Erlasses zum "Schlaglochprogramm" des MLV vom 03.03.2011" hinsichtlich der Maßnahmen und der geplanten Wertumfänge
Vorlage: DR/BV/311/2011/VI-66

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, legte dar, am 15. Oktober haben sich die Ortsbürgermeister zu einer Beratung getroffen. Thema war der Rücktritt des Amtskollegen Hagen Göricke als Ortsbürgermeister. Wie aus der Presse bekannt geworden war, habe er sein Amt niedergelegt, es gehe jetzt nur noch um die rechtlichen Schritte. Verwunderung habe es bei den Ortsbürgermeistern ausgelöst, dass es darauf keine Reaktionen gab, noch nicht einmal aus der Verwaltung. Als Hauptgrund hatte er den Informationsfluss und die Einbindung der Ortsbürgermeister angegeben. In der Sitzung der Ortsbürgermeister konnte eine Vielzahl der Ortsbürgermeister von ähnlichen Problemen berichten. Die Verwaltung erkenne das Ehrenamt des Ortsbürgermeisters nicht an, so wie es die Gemeindeordnung vorschreibt. Allerdings sei auch einhellige Meinung der Ortsbürgermeister, man könne nicht alle über einen Kamm scheren, es gibt auch positive Zusammenarbeit speziell einiger Ämter mit den Ortschaften.

Die Ortsbürgermeister sind festen Willens, dass sich dies verbessern muss. Herr Rumpf verlas eine von allen Ortsbürgermeistern getragene **Resolution** (siehe Anlage 1 der Niederschrift). Herr Rumpf merkte an, die Ortsbürgermeister haben sich darauf verständigt, hier keine detaillierten Schwierigkeiten zu benennen. Dies würde den Rahmen die-

ser Stadtratssitzung sprengen und man wolle nicht zurückschauen, sondern einen Schlusstrich ziehen und in die Zukunft sehen.

Die **Fraktion der CDU** bedauert den Rücktritt von Herrn Göricke, erklärte **Herr Mau**. Er war ein engagierter Ortsbürgermeister und Herr Mau hoffe, er bleibe als Ratsmitglied im Ortschaftsrat erhalten. Die Fraktion stelle sich voll und ganz hinter diese Resolution der Ortsbürgermeister. Zustimmung könne er der Aussage von Herrn Rumpf, dass die Kritik nicht für alle Bereiche und Ämter zutrifft. Die Resolution sollte jedoch Thema einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses sein, damit die Belange der Ortschaften in den Ämtern richtig abgearbeitet werden. Herr Mau erinnerte an die in den Niederschriften der Ortschaftsratssitzungen genannten Verteiler, so dass ein Kontrolle der Rückläufe sicher möglich sei. Es gebe sicherlich auch eilige Entscheidungen, die im Stadtrat getroffen werden müssen, dennoch wäre das Verständnis der Ortsbürgermeister auch da, wenn sie wenigstens im Vorfeld dazu informiert werden. Diese Festlegung in der Hauptsatzung sollte in Zukunft Beachtung finden.

Herr Dreibrod, SPD-Fraktion, erinnerte an den Bericht des Oberbürgermeisters, in dem dieser zu Recht die Genugtuung darüber zum Ausdruck gebracht habe, dass der Bundesparteitag der NPD in Dessau-Roßlau nicht stattgefunden hat. Auch Herr Dreibrod denke, alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte, die ihren Protest gegen den geplanten Bundesparteitag aktiviert und organisiert haben, können zufrieden sein. In keiner Weise könne man aber damit zufrieden sein, dass ist die skandalöse Informationspolitik der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau. Denjenigen, denen der OB jetzt dankte, habe er lange jegliche Information in der Sache NPD-Antrag für die Anhalt-Arena vorenthalten. Dadurch wurde die Vorbereitungszeit für Proteste erheblich verknappt und unnötig erschwert. Erst drei Wochen, nachdem die NPD am 6. September den Antrag stellte, die Anhalt-Arena für ihren Bundesparteitag zu nutzen, ist Herr OB Koschig an die Öffentlichkeit gegangen. Erst in dem Augenblick, als das Verwaltungsgericht Halle am 27. September in erster Instanz für die NPD entschieden hat, habe er informiert.

In seinen weiteren Ausführungen erinnerte **Herr Dreibrod** an die Vorgeschichte zum NPD-Antrag sowie an die Ereignisse aus dem Februar/März 2011. Wer dieses kenne, merkte er an, weiß, warum der OB sich zunächst drei Wochen nicht äußerte. Die wenigsten von den Stadträten und auch von der Bevölkerung wissen, hier nannte Herr Dreibrod die Fakten in Kurzfassung, der Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt ging zu Ende, OB Koschig gedenkt, Frau Merkel und Herrn Westerwelle entgegen der gültigen Sportstättenatzung, die politische Veranstaltungen verbietet, die Anhalt-Arena für den Wahlkampfabschluss zu überlassen. Der Hauptausschuss, den Herr Koschig am 16.02.2011 mit dieser Absicht konfrontiert und um Zustimmung bittet, weist auf die gefährliche Präzedenzfallwirkung für spätere Antragstellungen hin und verweigert einen Beschluss, der die politische Hallennutzung legitimiert. Trotz dieser Weigerung der Stadträte im Hauptausschuss gibt OB Koschig die Hallennutzung für politische Nutzung frei. Eines werde dabei ganz deutlich, erklärte Herr Dreibrod, dieser Rechtsbruch, der Verstoß gegen die vom Stadtrat beschlossene Sportstättenatzung war nicht das Handeln von Hauptausschussmitgliedern oder Stadträten, sondern ausschließlich das Handeln einer einzigen Person, des OB Koschig. Nur er habe sich über den Stadtratsbeschluss hinweg gesetzt, nur ihm haben wir die Konfrontation mit der NPD und die bundesweiten Schlagzeilen zum NPD-Parteitag zu verdanken.

An Herrn OB Koschig gewandt, mahnte **Herr Dreibrodt**, wenn er andere, in diesem Fall die NPD, als Demokratiefeind brandmarkt, müsse er selbst Gesetze achten und darf sich nicht über Recht und Gesetz - hier Sportstättenatzung - hinwegsetzen. Dies habe Herr Koschig aber zum Schaden der Stadt Dessau-Roßlau vorsätzlich getan. Der Imageschaden ist nicht zu unterschätzen. Wir können nur froh sein, dass die Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichtes in Magdeburg in zweiter Instanz „den Kelch noch einmal an uns hat vorbeigehen lassen“. Wenn man in die Urteilsbegründung sehe, müsse man von Gunst, vielleicht sogar von Glück sprechen, obwohl man der Stadt (dem OB) ungesetzliches Handeln attestiert, erteilt das OVG uneingeschränkte Absolution. Die Begründung kann aber nicht wirklich überzeugen, scheint teilweise konstruiert und schmecke fade wie ein Freispruch Zweiter Klasse. Die Stadträte haben sich jedenfalls nichts vorzuwerfen.

Zu einer Richtigstellung ergriff **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, das Wort. Er widersprach den Ausführungen von Herrn Dreibrodt entschieden: Es gab keine Ablehnung durch den Stadtrat zur Freigabe der Halle im Frühjahr. Er war selbst in dieser Hauptausschusssitzung anwesend und könne bestätigen, dass der OB dies vorgetragen und um ein Votum gebeten habe. Die anwesenden Stadträte haben jedoch ein Votum verweigert, also auch nicht Nein gesagt. Sie haben es zur Kenntnis genommen. Es sei nicht so, dass sie es verweigert haben und der OB sich darüber hinweg gesetzt hat.

In Erwiderung auf die Wortmeldung von Herrn Dreibrodt betonte **Herr OB Koschig**, er habe so gehandelt, um größeren Schaden von der Stadt abzuwenden. Es wäre der weitaus größere Schaden gewesen, wenn aufgrund der Schwierigkeiten, die im Technikmuseum entstanden waren, der Besuch der Bundeskanzlerin in unserer Stadt hätte abgesagt werden müssen. Dies wäre ein weitaus größerer Imageschaden als der, der hier von Herrn Dreibrodt konstruiert wird. Die Stadt habe durchaus bewusst und durchdacht gehandelt. Letztendlich ist das Obergerverwaltungsgericht schon im Frühjahr unseren Intentionen gefolgt und hat dies jetzt wiederum bestätigt.

Natürlich war es eine schwierige Angelegenheit und das Verwaltungsgericht habe auch zunächst anders entschieden, erklärte **Herr Koschig**. Insofern sei er schon sehr dankbar für das, was das Netzwerk geleistet hat. Gefreut hätte er sich allerdings auch, wenn Stadtrat Dreibrodt am 15. Oktober dabei gewesen wäre, als nochmals ein deutliches Zeichen gesetzt wurde.

Eine Anfrage an die Verwaltung richtete **Frau Lütje, SPD-Fraktion**, bezüglich der Schule Zoberberg. Nach der Sanierung dieser Schule gibt es hier noch drei Gutachterräume, die nicht genutzt werden. Sie fragte, wie lange dieser Zustand noch andauern wird. Im nächsten Jahr sei sicherlich wieder mit einer sehr hohen Schülerzahl zu rechnen, so dass eine Raumknappheit entstehen könnte.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, führte aus, seit etwa 4 Wochen liege ein Ergänzungsgutachten vor. Allerdings sei nicht in Aussicht, dass die Antragsgegner, von denen die Stadt die Sanierungskosten zurück fordere, hier nachgeben werden, bevor wir einen gerichtlichen Beschluss haben. Das bedeutet, dass wir die Beweise so lange erhalten müssen, bis es ein rechtskräftiges Urteil gibt. Dies könne sich noch über viele Jahre hinziehen. Es gehe um etwa 750 T€, die die Stadt dort investiert hat und die sie zurück haben möchte. Es wäre fatal, wenn wir das Geld nicht bekommen, weil uns ein Beweis fehlt.

Da allerdings mit einem wesentlich geringeren Raumbestand alle Funktionen der Schule erfüllt werden, könne sich Herr Bekierz nicht ernsthaft vorstellen, dass für die Schule so dramatische Einschränkungen entstehen, dass der Ablauf nicht funktioniert. In jedem Fall bleiben die 750 T€ jedoch ein so starkes Argument, dass wir keine Beweise vernichten können, bevor das Gericht dem nicht zugestimmt hat.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich zunächst auf die Einlassungen von Herrn Dreibrodt. Es gehe ihm nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Fakten und Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit. Die Sondersitzung am 12.10. hätte s. E. stattfinden und nicht, weil das Oberverwaltungsgericht anders entschieden hatte, abgesagt werden sollen. Nach wie vor halte er es für erforderlich, dass der Beschluss DR/BV/370/2011/I-OB gefasst und auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung gesetzt wird, um in unserer Vorgehensweise gegen den rechten Ungeist auch konsequent zu bleiben. Die gute Erfahrung, dass wir uns im Aktionsbündnis in einer großen Breite neu aufgestellt haben, sollte in der Stringenz unserer Arbeit fortgeführt werden.

Wie es überhaupt zu dieser misslichen Lage gekommen ist, werde im Urteil des OVG angemerkt. Die Genehmigung für eine Veranstaltung in der Anhalt-Arena war bereits im Februar durch den OB erteilt worden, also viel früher als durch den Haupt- und Personalausschuss beraten. Insofern stehe es nur teilweise als Vorwurf hier im Raum zur Debatte und man müsse sich unterhalten, inwieweit das richtig war.

Die Resolution der Ortsbürgermeister betreffend, erklärte **Herr Schönemann** im Auftrag seiner Fraktion, man arbeite seit Jahren an der Aktivierung und Autorisierung der Ortschaftsräte. Es wird für nötig erachtet, in Zukunft Ortschaftsräte stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden, vor allem bevor sie in den Ausschüssen bzw. im Rat anstehen. Sie konkret inhaltlich zu beteiligen, sei aus seiner Sicht möglich.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erinnerte daran, am 06.10. im Bauausschuss gefordert zu haben, dass er die schriftlichen Übergabebedingungen für den alten und den zukünftigen Pächter des Kornhauses zugestellt bekommt. Bis heute habe er sie nicht erhalten.

Zwischenzeitlich habe er die Rechnung für die Außenlampen, die an die Stadt Dessau-Roßlau gegangen ist, gesehen. Im Bauausschuss wurde aber gesagt, es seien keine Inventarnummern an fest angebauten Außenlampen. Deshalb gehe er davon aus, dass es mehrere solcher Rechnungen gibt, die die Stadt bezahlt hat und nicht Herr Heilmann und die unberechtigter Weise abgebaut worden sind. **Herr Otto beantrage deshalb für die Fraktion Akteneinsicht.**

Herr Beigeordneter Hantusch führte aus, man wolle den Tagesordnungspunkt mit zwei positiven Nachrichten abschließen. In der Vergangenheit war der Auftritt der Stadt auf der EXPO REAL nicht so glücklich und wie der OB bereits in seinem Bericht angesprochen habe, waren wir in diesem Jahr erheblich besser. Man habe sich intensiv in die Initiative Metropolregion Mitteldeutschland eingebracht, sich unterhalten mit der Wirtschaftsinitiative und auch mit der IMG, die den Stand für Sachsen-Anhalt hat. Wir haben gesagt, dass wir nicht mehr an dem Stand mit auftreten, wenn er wie in der Vergangenheit aussieht. Das habe gewirkt, insofern könne vermeldet werden, dass wir selbst auch zufrieden sind. Dennoch werde an diesem Thema weitergearbeitet.

Man habe sich in dem Auftritt auf das Wesentliche und insbesondere auf den BioPharmaPark und auf den Industriehafen in Roßlau konzentriert, natürlich auch auf die weichen Standortfaktoren wie Kultur, Bildung usw. Dies wurde in einem Fotofilm zusammengefasst. Es wurde gesagt, in Dessau-Roßlau gibt es Platz für Wachstum, die Kunst und Kultur wurden angesprochen, all die Dinge, mit denen wir werben können. Es wurde deutlich gemacht, Dessau-Roßlau ist eine lebendige, dynamische Stadt mit Zukunftspotenzial.

Der Fotofilm wurde den Anwesenden vorgeführt. Herr Hantusch merkte an, dieser Imagefilm werde in der nächsten Woche in das Internet eingestellt und kann auch von Unternehmen genutzt werden.

Weiterhin informierte **Herr Beigeordneter Hantusch**, nach der Beschlussfassung des Leitbildes liege nun die gedruckte Fassung vor. An dieser Stelle bedankte er sich nochmals herzlich bei allen Mitwirkenden an dem Prozess, insbesondere allen Fraktionsvorsitzenden, die den letzten Schliff eingebracht haben. Hier habe man gemeinsam zukunftsorientiert gearbeitet. Das Leitbild werde nun intern genutzt, die Prioritätenliste war stark auf dieses abgestellt und bei jedem Beschluss werde man auch auf das Leitbild verweisen. So könne immer verfolgt werden, wie sich ein Projekt einordnet.

Auf die Frage von Herrn Otto zurückkommend, entschuldigte sich **Herr Hantusch** und sagte zu, dass er nun kurzfristig die geforderten Unterlagen erhält. **Herr Bekierz** ergänzte begründend, er sei davon ausgegangen, dass er Herrn Otto in der Woche nach der Bauausschusssitzung im Hauptausschuss antreffen würde und ihm die Unterlagen übergeben könne. Das war dann aber nicht der Fall. Herr Bekierz war zu der Zeit bereits im Urlaub und habe heute die Unterlagen bei sich, die er Herrn Otto im Anschluss übergeben könne. Da er also nicht im Amt war, wurde es nicht per Post versandt.

Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

5.4 Aktuelle Stunde

Die Aktuelle Stunde eröffnend, führte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** aus, er habe bereits zu der inhaltlichen Auseinandersetzung und den möglicherweise nichtöffentlichen Gesichtspunkten etwas gesagt. Es ist lt. Geschäftsordnung eine Redezeit von 5 Minuten vorgesehen. Von unterschiedlichen Fraktionen sei signalisiert worden, dass der Bedarf höher liegt und die Redezeit evtl. nicht ausreicht.

Herr Dr. Exner regte daher an, dass man sich darauf verständigt, dass von jeder Fraktion **ein Redner 8 Minuten** sprechen kann. Entsprechend § 8 (5) sollte man sich auf diesen Modus einigen. Dazu kam keine Gegenrede aus dem Gremium.

Namens der **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, welche die Aktuelle Stunde beantragt hatte, zeigte **Herr Dr. Weber** die Zielrichtung dieser Stunde auf. Das Thema war „Aktuelle Situation und zukünftige Arbeit der Verwaltungsspitze“. Es habe ihn bereits erfreut, dass heute in jedem Redebeitrag die Rückkehr zur Sachlichkeit zu bemerken war.

Der Antrag auf die Aktuelle Stunde war gestellt worden, da man nicht tatenlos zusehen wollte, wie man sich hier eine ausgewachsene Führungskrise leistet, die nicht nur

Image schädigend ist. Nicht nur die Stadträte, sondern auch viele Bürger in Dessau-Roßlau sind irritiert. Die derzeitige Situation sehe so aus: Auslaufender Förderzeitraum der EU-Strukturfonds - was nicht in den nächsten zwei Jahren umgesetzt wird, werde man nie mehr umsetzen - und im Land werden die Weichen gestellt für zukünftige Finanzierungen und Investitionen gestellt, was existenzielle Auswirkungen auf unsere Stadt haben wird. In dieser Situation könne es sich die Stadt aus Sicht der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen nicht leisten, ein in der Summe zielloses und chaotisches Bild nach außen abzugeben. Die Situation werde als untragbar eingeschätzt. Der Fraktion ist bewusst, dass es nicht nur in der Verwaltungsspitze, sondern auch im Stadtrat eine Rückkehr zum gemeinsamen Verantwortungsgefühl geben muss, damit wir Schaden von Dessau-Roßlau abwenden können. Ohne eine funktionierende Verwaltungsspitze kann ein Neuanfang aber nicht gelingen. Daher ist diese Aktuelle Stunde ein erster Versuch, diese Sprachlosigkeit zu überwinden und nicht nur über die Presse auszutragen.

Gerichtet an den Oberbürgermeister, den Beigeordneten Dr. Raschpichler und Herrn Beigeordneten Hantusch betonte Herr Dr. Weber, er vermute fast, dass es ihnen bewusst ist, wie ihr Zusammenwirken und manchmal auch das des Stadtrates derzeit das Bild der Stadt prägt. Als Stadtrat wird man in diesen Tagen oft auf die Situation im Rathaus angesprochen. „Kasperletheater“ und „Daily Soup“ sind noch die netteren Formulierungen, die man hört, wenn man sich in der Stadt unterhalte. Enttäuschung, Unverständnis und Wut über uns alle treten auf, denn die Bürger sehen uns in der gemeinsamen Verantwortung. Dies ist die Innenwirkung.

Auch im Umland kommt eine fatale Botschaft an. In vielen Fragen, vom Theater und die Wirtschaftsförderung bis hin zum Tourismus sind wir auf eine Zusammenarbeit mit den umgebenden Landkreisen und Gemeinden angewiesen. Wer sich wie Dr. Weber im Umland viel bewegt, wirbt auch für diese Zusammenarbeit. Im Moment ernte er teilweise Lächeln, Kopfschütteln - zurzeit findet Dessau-Roßlau als Oberzentrum nicht statt.

Richtig fatal ist die Wirkung dem Land gegenüber. In einer Zeit, wo die Schuldenbremse starke Einschnitte fordert und in den Finanzstrukturen Weichen in die Zukunft gestellt werden, senden wir widersprüchliche Botschaften und sind mit uns selbst beschäftigt. Letztlich wird so das Sparen an Dessau dem Land leicht gemacht. Wir alle werden die Folgen zu tragen haben.

Herr Dr. Weber wollte die Chronologie der Ereignisse hier nicht übermäßig ausweisen, sie sei leidvoll bekannt. Vom Krankenhausdesaster über Kulturplanungsdebakel, bis hin zum Prioritätenlistenchaos und zum Projekt Besucherzentrum reichen nur einige Meilensteine. Darum gehe es ihm und auch seiner Fraktion aber heute nicht.

Der **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen** ist bewusst, dass auch wir als Stadträte gefordert sind, an einer konstruktiven Lösung mitzuarbeiten. Aber ohne die Verwaltungsspitze kann das nicht funktionieren. Daher fordere die Fraktion den Oberbürgermeister Koschig, Herrn Dr. Raschpichler und Herrn Hantusch auf, hier Stellung zu nehmen. Sie sollten erklären, wie sie sich vorstellen, in den nächsten Monaten und Jahren ihren Amtseid, in dem sie geschworen haben, Schaden von der Stadt abzuwenden, zu erfüllen. Die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen erwarte keine weiteren Schuldzuweisungen, sondern eine Antwort auf die Frage, wie kann jeder einzelne von ihnen einen Beitrag dazu leisten, dass unser Erscheinungsbild nach außen sowie die professionelle Leis-

tungsfähigkeit der Verwaltungsspitze wieder hergestellt werden kann. Auf diese Ausführungen und die darauf folgende Aussprache sei er sehr gespannt.

Seinem Redebeitrag stellte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, die Bemerkung voran, er halte es für erstaunlich, dass die GRÜNEN in Dessau-Roßlau zur Sachlichkeit aufrufen. Fortfahrend führte er aus, die SPD-Fraktion hat mit Unverständnis und Sorge den Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen auf eine Aktuelle Stunde zu den aktuellen Verhältnissen in der Verwaltungsspitze Dessau-Roßlau zur Kenntnis genommen. Unstrittig ist die sich offensichtlich negativ entwickelnde Arbeit und vor allem Zusammenarbeit der Verwaltungsspitze, die so nicht länger hingenommen werden kann. Der Schaden für die Stadt ist enorm.

Die SPD-Fraktion ist aber der Meinung, dass es der falsche Ansatz ist, eine Besserung davon zu erwarten, dass man dieses Problem jetzt öffentlich im Stadtrat zur Schau stellt und eine Fortsetzung der Schlammschlacht in Kauf nimmt, die im Hauptausschuss am 12. Oktober ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Hier hatte z.B. Stadtrat Kolze konsterniert gefordert: „Bitte treten Sie alle zurück und machen den Weg frei für Neuwahlen.“ Wer an diesem 12. Oktober 2011 im Hauptausschuss anwesend war, wurde schockiert von der Brutalität der öffentlichen Auseinandersetzung und vom Gift in der Verwaltungsspitze unserer Stadt. Jedem Augenzeugen an diesem Abend musste klar geworden sein, dass nur noch eine nichtöffentliche Schlichtung vielleicht, aber nur vielleicht, eine geringe Chance hätte.

Darüber hinaus finde es die SPD-Fraktion äußerst befremdlich, wenn die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen zum Neuanfang aufruft, aber gleichzeitig ihre Mitstreiter im Stadtrat, hier explizit die Fraktion der SPD, frontal angreift. In Pressemitteilungen und über das Internet gibt es hier Schuldzuweisungen.

So wird behauptet, die SPD blockiere und gefährde die Handlungsfähigkeit der Stadt, sie errichte eine Nebenregierung und der wahre Herrscher in Dessau-Roßlau sei der SPD-Mann Ingolf Eichelberg. Herr Dreibrodt verwies an diese Stelle darauf, dass von den 50 Mitgliedern des Stadtrates 8 SPD-Stadträte sind, von denen nur noch 7 zur Fraktion der SPD gehören. Diese seien alles ehrenamtlich arbeitende Freizeit-Kommunalpolitiker, davon die meisten noch im vollen Arbeitsverhältnis. Es könne nicht im Ernst angenommen werden, dass sie nichts Wichtigeres zu tun haben, als durch eine Nebenregierung die Arbeit dieser professionellen Verwaltungsbeamten zu übernehmen. Abschließend erklärte **Herr Dreibrodt**, s. E. müssten, wenn es um die jetzige und zukünftige Arbeit der Verwaltungsspitze geht, erst einmal die zu Worte kommen, um die es hier gehen soll.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erklärte, er habe mit Entsetzen die Geschehnisse der Hauptausschusssitzung vom 12. Oktober, von denen er aus der Presse erfahren habe, zur Kenntnis genommen. Das Bild, welches die Mitglieder des Stadtrates, in dem Fall des Haupt- und Personalausschusses, nach außen geliefert haben, ist verheerend. Er habe sich gefragt, ob es nicht das Recht des Oberbürgermeisters sei, seine Mitstreiter zu dieser Arbeit aufzufordern, wie er das getan hat. Dann habe er sich die Frage gestellt, welche Pflichten hat ein Dezernent dieser Stadt. Für ihn stellen folgende Punkte wesentliche Inhalte der Arbeit eines Dezernenten dar:

- Ein Dezernent sollte, nein muss am Ort seiner Tätigkeit wohnen, weil sein Job kein einfacher 8-Stunden-Tag sein darf und er häufig gerade an den Wochenenden wich-

tige Veranstaltungen zu besuchen hat und ihm Begegnungen, organisierter oder auch zufälliger Art mit wichtigen Gesprächspartnern dann gar nicht möglich sind, wenn er nicht am Ort ist. Oftmals sind gerade solche unverbindlichen Gespräche von sehr hohem Nutzen.

- Ein Dezernent sollte, nein muss am Ort seiner Tätigkeit wohnen, weil dem politisch interessierten Bürger und uns Stadträten durch das Nichtvorortsein ein mangelndes, oder sogar ein Desinteresse an der Stadtentwicklung signalisiert wird.
- Ein Dezernent sollte nicht als unumschränkter Herrscher über die ihm zugeordneten Ämter regieren, sondern muss mit den Ämtern eine strategische Macht für eine optimale Stadtentwicklung schaffen. Das schließt ein, dass Entscheidungen des Dezernenten ohne die optimale Einbindung der betroffenen Ämter zwar richtig sein können, aber nicht richtig sein müssen. Erfahrungsgemäß gehen Schnellschüsse oft oder meist in die Hose.
- Ein Dezernent wurde gewählt, weil man von ihm erwartet, dass er auch in den häufigen Konfliktsituationen, sei es mit dem Rat, der Verwaltung, dem unmittelbaren Vorgesetzten oder Institutionen des Landes so viel Übersicht, Stehvermögen, aber auch Kritikfähigkeit beweisen muss, um seine Vorstellungen entweder durchzuboxen oder so zu modifizieren, dass in der Auseinandersetzung entweder noch optimale Ergebnisse oder noch gerade machbare Lösungen zum Wohle der Stadt erarbeitet werden können. Ein selbstherrlicher, aber auch ein mimosenhafter Dezernent schadet sich selbst, in jedem Fall aber der Stadt.
- Ein vom Dezernenten in seiner Dienstzeit und in seinen Diensträumen in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadt und anderen Zuarbeitern entwickeltes Vorhaben kann nie uneingeschränktes Eigentum des finalen Autors sein, sondern muss der Stadt und dem Rat zur weiteren Nutzung auch in Teilen überlassen sein. Dabei ist es egal, wie das Urteil des Rates über das Gesamtwerk ausfällt oder welche Teile daraus verwendet werden sollen.

Der Beitrag von Herrn Tonndorf war damit beendet und Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner erteilte **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, das Wort, welcher sich zur Geschäftsordnung gemeldet hatte. Herr Schönemann merkte an, es war zu Beginn gesagt worden, wenn es um persönliche Dinge geht, die ein Stadtrat einem hier im Saal Anwesenden zukommen lassen möchte, dann gibt es auch den Ansatz des Schutzes der Person. Es wäre zu prüfen, inwieweit es zweckdienlich ist, wobei er seinem Redebeitrag nicht vorgreifen wolle, oder ob es Absicht war, diesen Fortgang so zu dulden.

Erwidernd mahnte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, wenn hier ein Geschäftsordnungsantrag gestellt werde, müsse es sich auch um einen Geschäftsordnungsantrag handeln. Er habe die Regularien klar dargelegt, dass es eine öffentliche Diskussion, ein Tagesordnungspunkt ist, der öffentlich hier auch vor den Bürgern verhandelt wird. Er habe weiterhin gesagt, wenn ein Stadtrat der Meinung ist, dass sein Redebeitrag Themen oder Gesichtspunkte berührt, die nichtöffentlichen Charakter haben könnten, müsse er dieses ankündigen und sagen, dass er jetzt zu einem Punkt komme, der vertieft werden soll, nicht im öffentlichen Teil zu behandeln ist und deshalb um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit gebeten wird. Dann müsse hier in aller Öffentlichkeit abgestimmt werden, ob das ein nichtöffentlicher Aspekt ist oder nicht. Das war seine Rede von vorhin, so werde er das auch handhaben. Dass es hier emotional zugeht, sei ihm klar. Es sei aber Teil der öffentlichen Debatte, weshalb er das bewusst so getan hat und er werde das konsequent durchziehen.

Herr Mau, Vorsitzender der CDU-Fraktion, legte dar, es ist traurige Realität in Dessau-Roßlau, die Bürgerschaft kann seit Monaten ein politisch brisantes oder bizarres Schauspiel verfolgen. Teilnehmer sind Teile der Ratsspitze, vornehmlich in letzter Zeit der Beigeordnete für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und einzelne Mitglieder des Stadtrates. Alle haben bei ihrem Amtsantritt einen Eid geschworen, ihre Kraft zum Gemeinwohl und für die Entwicklung unserer Stadt und der Region im Interesse unserer Bürger einzusetzen.

Der Höhepunkt des so übermächtigen persönlichen Krafteinsatzes an seinem Arbeitsplatz war wohl bei einem Akteur aus der Verwaltungsspitze am 11.10. erreicht, als Herr Hantusch die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses informierte, dass er die Koordination und Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom Dezember 2010 für die Errichtung eines Besucher- und Ausstellungszentrums am Bauhaus niederlegt - sprichwörtlich „hingeschmissen, wie ein trotziges Kind, dem sein Spielzeug nicht mehr gefällt“. Dies hat er für sich, und mit seinem langjährigen in der alten Bundesrepublik erlernten Demokratieverständnis, einfach mal so beschlossen.

Diese Selbstherrlichkeit erinnert Herrn Mau an einen Menschen, der sich übernommen hat und sagt „immer sind die anderen schuld“. In diesem Fall müsste es ja der Stadtrat sein, der schuld ist an seinem Versagen, denn dieser und nicht der Oberbürgermeister hat ihm den Auftrag zur Umsetzung des Beschlusses erteilt. Der Stadtrat sei derjenige, der ihn von dieser und vielleicht auch allen anderen Aufgaben entbinden könnte. Übernommen habe er sich sicher auch an den Aufgaben, die ihm bei seinem Amtsantritt in unserer Stadt gestellt wurden und die ihm bekannt waren.

In seiner Verantwortung als Beigeordneter habe Herr Hantusch wirtschaftliche Ansiedlungsfragen zu begleiten und zu forcieren. Das ist eine seiner Kernaufgaben. Eine geschichtsträchtige Kulturstadt zu finanzieren, geht größtenteils nur mit Steuereinnahmen und die kommen nun mal aus der Wirtschaft und dem Unternehmertum.

Dazu, was bisher unter seiner Regie erreicht und auch für ihn seit dem Amtsantritt am 12.12.2008 anrechenbar ist, sollte er hier im Gremium Rede und Antwort stehen. Dies war auch eine Forderung von Herrn Mau als Ausschussvorsitzenden und den Mitgliedern aus dem Wirtschaftsausschuss vom 29.09. im IDT Biologika. Er habe die Antwort vermisst. Herr Hantusch hat wieder nur in die Zukunft gesehen.

In seiner Antrittsrede versprach Herr Hantusch 2000 neue Arbeitsplätze in seiner Amtszeit. Hat er sich von anderen in seinen Aussagen damals lenken und leiten lassen, oder waren ihm die regionalen Entwicklungsprobleme nicht bekannt?

Die hiesige Wirtschaft forderte einen Dezernenten für Wirtschaft und hat auch große Hoffnungen auf wirtschaftliche Kontakte und ausreichend Fachwissen in Verbindung mit Verwaltungsstrukturen seinerseits gesetzt.

Mit vielen ersten Aussagen wie SWOT - Analyse, Leitbild, Masterplan und Gutachten fing seine Arbeit an und ihm wurde die Zeit dazu gegeben. Die Politik, die Verwaltung und die Wirtschaft standen ihm Rat gebend zur Seite. Die Unterstützung hat er aber nicht angenommen oder später selbstherrlich ignoriert Vorschläge, wie eine interne kommissarische Besetzung der bis heute nicht besetzten Sachgebietsleiterstellen (ein von Ihm selbst geschaffenes Problem) in der WIFÖ und Tourismus bis zur Neubesetzung durch Ausschreibung oder bei entsprechender Qualifikation der eigenen Mitarbeiter anzunehmen, wies er mit Argumenten nicht qualitativ gute und fähige Mitarbeiter für

diese Tätigkeit zu haben, überheblich zurück. Selbst eine Mittelposition zum Bauamt, in Form eines Baubürgermeisters, wollte er nicht schaffen. Die Leute können das nicht oder werden kaputt gespielt waren die Aussagen. Nach außen wurde der Schein erzeugt, wir sind alle nicht so schlau wie er - mit Ausnahme des Bauausschussvorsitzenden. Das Misstrauen wuchs und die Mitarbeiter in den Ämtern wurden immer mehr verunsichert und somit zweifelte er immer mehr an die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter seines Dezernates.

Es wurden für ihn außerdem von Anfang an die Kontakte zur alten und neuen Landesregierung, speziell zum Wirtschafts- und Kultusministerium geebnet. In der Anfangsphase dachte man in der Wirtschaft und Politik noch, dass er nur neue Wege einschläge. Aber es stellte sich auch immer mehr heraus, dass er die ausgestreckten Hände nicht ergriff.

Sicher gab es Kommunikationsschwierigkeiten untereinander, jeder hat seine Vorstellungen über Vorgehensweisen. Aber darüber müssen erwachsene Leute reden können. Dies geschah auch Ende 2010 und Anfang 2011 bei zwei Treffen zwischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Den erhofften Zusammenschluss gab es nicht. Es wurden sogar Anschreiben mit Anfragen aus den Dessau-Roßlauer Wirtschaftsverbänden einfach nicht beantwortet. Firmenbesuche seinerseits, die als Standortpflege sehr wichtig sind, kann man an der Hand abzählen.

Herr Mau führte weiter an, es wurde sich sogar angemaßt, den traditionellen Neujahrsempfang der Dessau-Roßlauer Wirtschaft, wo auch Minister der Landesregierung zugegen waren, während den Vorträgen einfach zu verlassen. Dies setzt sich fort zur Jubiläumsfeier 90 Jahre IDT Biologika in der Hugo-Junkers-Kaserne. Hier wurde die Veranstaltung schon kurz nach der Eröffnung verlassen, vielleicht weil man nicht mit am ersten Tisch neben dem OB und dem Wirtschaftsminister saß? Weiter ging es mit der Übergabe der Cranach-Bibel, hier war der Minister Dogerloh zu Gast. Es waren dringende Gespräche im Anschluss an die Veranstaltung zu dem geplanten Besucherzentrum angedacht. Wer die Veranstaltung stillschweigend während der Übergabe verließ, war unser Wirtschaftsdezernent. Diese Reihe der (aktiven, anwesenden?!) Wirtschaftstätigkeit ließe sich fortsetzen bis zur feierlichen Übergabe des Lutzmann-Zaunes am Tag des Handwerkes der Kreishandwerkerschaft im Krötenhof.

Die Heideschule wurde auf Anweisung drei Tage vor dem Tag des Denkmals nicht für die Öffentlichkeit zur Besichtigung zugelassen. Herr Mau stellte die Frage, sollten hier Informationen des Vereines zur weiteren Verwendung des Objektes, für die sich vielleicht die Öffentlichkeit sehr stark interessiert hätte, blockiert werden?

Dann kam der Termin mit dem Masterplan Innenstadt im Ratssaal. Nicht nur, dass dieser zu kurzfristig an die Öffentlichkeit transportiert wurde, nein an dem Tag fanden auch noch Ausschusssitzungen mit Ratsmitgliedern statt, die sich für die Veranstaltung auch interessiert hätten. Welch eine Vorplanung, wo doch immer wieder persönlich auf die Bürgerbeteiligung hingewiesen und diese sogar eingefordert wird. Aber selbst zu dieser eigenen Veranstaltung war der Einladende mit seinem Team nicht vertreten. Zu danken sei Herrn Landgraf als interessierten Bürger, der sich zu einigen Erläuterungen überreden ließ. Denn den vorliegenden Fachplan haben nur Architekten verstanden.

Sein vorletztes Demokratieverständnis verliere er bei der anmaßenden Kontrolle und Änderung der Niederschrift aus dem Wifö-Ausschuss vom 01.09. durch Herr Hantusch. Hier wurde er, leider in eigener Abwesenheit, von den Ausschussmitgliedern sehr stark gemäßregelt für sein diktatorisches Verhalten. Er hatte per Dienstanweisung die Versendung der von Herrn Mau geänderten und bestätigten Niederschrift versagt. Herr Mau, als Vorsitzender musste sie über seine Fraktion an die Ausschussmitglieder versenden, um seinen Mitarbeitern keiner Missbilligung auszusetzen.

Dies ist ein Abriss eines wichtigen Teiles der städtischen Tätigkeit des Dezernenten, aber wir haben ja auch noch eine Region um unsere Stadt. Und wir brauchen die Region und die Region braucht auch uns. Und da sollte aber auch die regionale Entwicklungsplanung eine große gemeinsame Rolle spielen. Wenn sich hier aber die Akteure unserer Stadt auf mehrere Anfragen und Anrufe zum Leitbild der Region nicht äußern, dann ist das schon eine Schädigung für unsere Rolle als Oberzentrum in der Region.

Direkt an Herrn Hantusch gewandt, sagte Herr Mau, er könne hier mit Sicherheit auch in Vertretung der Wirtschaftsverbände der Stadt sagen, auch als Vorsitzender des Wirtschaftskreises, das Vertrauen der Wirtschaft hier habe er schon seit einiger Zeit verloren. Die Wirtschaft war es, die diese Position gefordert und mit der Politik geschaffen hat. Das sollte er sich verinnerlichen oder einmal zurückdenken.

Herr Mau appelliere an alle gewählten Stadträte, in sich zu gehen und ihr Gewissen zu befragen. Denn nach dem sollten sie in ihren Entscheidungen urteilen, ob wir diesen Zustand noch gegenüber unseren Bürgern vertreten können. Sie mögen nicht auf einzelne Stadträte hören, die nur das persönliche Wohl im Auge haben, denn unsere Wähler stehen hier direkt vor der Tür oder sind sogar im Saal und sehen, wie wir uns verhalten. Denn wenn wir nicht schlüssig im Interesse der Stadt und für die Bürger handeln, dann werden nicht nur Personen ins schlechte Licht gerückt, sondern auch die hier im Rat vertretenden Parteien und Bürgervereinigungen. Dies sollte der eine oder andere politisch Verantwortliche auch für sich überdenken. Besonders Herr Ingolf Eichelberg, der einmal vehement den Rücktritt des Sozialdezernenten gefordert hat, aber kurze Zeit später in den Gremien posaunte „Wenn meine beiden Dezernenten (Raschpichler und Hantusch) hier weiter durch die Verwaltungsspitze niedergemacht werden, werde ich andere Seiten aufziehen“. Das alles hat mit Kommunalpolitik nichts mehr zu tun.

An dieser Art der Auseinandersetzung wolle er sich nicht beteiligen, erklärte **Herr Schönmann, Fraktion Die Linke**. Es gab Signale im letzten Hauptausschuss zu den Vorgängen, die er nicht kleinreden oder beschönigen, aber auch nicht gering schätzen wolle. Einiges was gesagt wurde, sei am Ende das Bild, welches zu dieser Aktuellen Stunde geführt habe, es sei nicht nur eine Aktuelle Stunde der Verwaltungsspitze, sondern auch des Rates. Zumindest habe er das so empfunden in den Beiträgen. Es gebe eine Krise im Rat. Das habe damit zu tun, dass dieser Rat aus der Interessenslage der einzelnen Gruppierungen in der Summe seiner eigentlichen Vorstellungen einen gemeinsamen Nenner von minus 1, wie von Herrn Mau gesagt, hat. Das sei das eigentliche Problem. Heute erfolge ein Schlagabtausch von zwei Gruppierungen, die diesen Rat prägen.

Im Hauptausschuss wurde bereits erkannt, und alle Mitglieder des Hauptausschusses, auch die Dezernenten waren erschrocken über die Art und Weise wie bspw. das Thema Ausstellungs- und Besucherzentrum behandelt wurde. Dieses wurde nun heute eindeu-

tig mit einem sehr verbindlichen Signal auf den Weg gebracht, was das Endergebnis der Beratung des Haupt- und Personalausschusses an diesem Tag war. In dem Haupt- und Personalausschuss gab es ein Gesprächsangebot, konkret von ihm, gerichtet an die Dezernenten, um hier inhaltlich zu vermitteln, da es differente Vorstellungen aus den Dezernaten gibt. Die Präsentation Öffentlichkeit sollte wenn nötig medial zuvor begleitet werden, wozu der Rat verpflichtet sei. Das tue man in den Ausschüssen, in den Wahlkreisen und im Alltag. Dieser Pflicht könne man sich nicht entziehen.

Dieses Gesprächsangebot sei nicht in der Presse transportiert worden, wohl aber die Auseinandersetzung und die Rücktrittsforderungen. Er habe die Rückantworten von den Dezernenten, einschließlich des Oberbürgermeisters, dass man bereit ist, an einer solchen Zusammenkunft teilzunehmen und Vertreter des Hauptausschusses, die vertrauensbildend wirken möchten, auch zu akzeptieren.

Im Übrigen gehe es nicht darum, Leuten Dinge zu unterstellen. Wenn das die neue Lesart der Auseinandersetzung, u. a. auf der Internetseite von Bündnis 90/Die Grünen ist, müsse er sagen, der Anteil von „Grünen Stadträten“ sei hier im Augenblick 2. Wenn die überzeugende Politik in Zukunft fortgesetzt wird, dass es Verständigung gibt, könnten es mehr werden. Wenn das Ergebnis der Auseinandersetzung des heutigen Tages weitere Konfrontationen und Gehässigkeiten sind, werde etwas anderes geschehen. Er bitte darum, den Gedankengang des Haupt- und Personalausschusses aufzunehmen, die Gelegenheiten, die Angebote der Stadträte, des Oberbürgermeisters und der Dezernenten zu nutzen.

An Herrn Mau gerichtet, legte **Herr Schönemann** weiter dar, es gebe in seiner Rede gute Ansätze, so die nicht immer gelungene Planung der Ausschüsse und manche andere Beratungen, wo man objektiv an bestimmten Dingen nicht teilnehmen könne, weil man gemäß Mandat verpflichtet ist, Termine wahrzunehmen. Allerdings umtreibe ihn schon seit Monaten die Rolle und Funktion unseres Präsidiums, was auch diskutiert werden sollte.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, er wolle von der Verwaltungsspitze, die in verschiedener Art und Weise angesprochen wurde, jetzt nicht weitere Schuldzuweisungen hören, sondern den Blick nach vorn richten und eine Antwort auf die Frage haben, wie sie zum Wohl der Stadt künftig zusammenarbeiten wollen. Es wurden anscheinend schon Schritte gegangen. Er wünsche sich von der Aktuellen Stunde, dass man neben dem, was auch gesagt werden muss, nach vorn blickt. Das Signal wolle er gerne haben.

Er hatte ein ungutes Gefühl, als er von der beantragten Aktuellen Stunde erfuhr, legte **Herr Oberbürgermeister Koschig** dar. Es werde ein Thema in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt, wo es um interne Verwaltungsabläufe geht, wo die Verwaltungsspitze sich entblößen und hier Rechenschaft ablegen soll, was der Vorsitzende sagte und auch Herr Schönemann, in einer nichtöffentlichen Diskussion, wie sie auch ange-regt worden ist, dies zu tun. Er nehme diese Anregung auf, dass wir zum Instrument der interfraktionellen Runde zurückfinden, die zwischendurch einmal aufgekündigt wurde.

Bezüglich der Frage, wie er denkt, künftig mit seinem Amtseid umzugehen, könne er auch für seine Kollegen Beigeordnete sprechen. Man habe einen Eid abgelegt auf eine gewissenhafte Pflichterfüllung, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des

Landes Sachsen-Anhalt zu erfüllen. Deshalb sehe er sich hin und wieder gezwungen, in Widerspruch zu Ratsbeschlüssen zu gehen. Wir haben einen Eid geschworen, Schaden von der Stadt abzuwenden, auch das treffe nicht immer auf das Wohlwollen einer Mehrheit hier im Stadtrat. Wir haben alle einen Eid geschworen, der Stadt Bestes zu suchen. Darum bemühe er sich, und das mittlerweile seit 21 Jahren, in dieser Stadt, in der er geboren wurde, groß geworden ist, die er liebe und in der Region, auch als Vorsitzender der Regionalen Planungsgemeinschaft und über die Initiativen einer Städtekooperation, die alle Stadträte mittragen und auch im Land. Er habe nicht den Eindruck, dass diese Bemühungen, diese Arbeit in Stadt, Region und Land, die er sich bemühe zu leisten, auf so ein schlechtes Bild stoße, wie es hier umzeichnet ist. Niemand sei unfehlbar, auch nicht er selbst. Deshalb bevorzuge er die kollegiale Arbeit, Teamwork. Deshalb suche er Rat bei seinen Mitarbeitern, bei Freunden, bei Stadträten und er sucht die gute Zusammenarbeit mit dem Rat sowie mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung.

Er ist in dieses Rathaus eingezogen, in der Überzeugung, dass gut informierte Stadträte sind. Wir machen Angebote, wir bemühen uns um eine umfassende Information. Dass man dabei immer noch fehlbar bleibe, sei heute von den Ortsbürgermeistern deutlich kritisiert worden. Diese Kritik könne er nur teilweise teilen, aber auch das Wort teilweise sei von Herrn Rumpf genannt worden. Wir haben am Montag in Mosigkau eine Grabenschau gemacht. Hier hatte er den Eindruck, dass die anwesenden Ortschaftsräte es schon auch zu würdigen wussten, welche Initiativen unser Tiefbauamt und das Umweltamt tun und wie intensiv gearbeitet wird an der Lösung der Probleme. Wenn man die Ortschaftsratsprotokolle durchsehe, finde man dutzende Punkte, allein was die Vernäsungsprobleme betreffe, an welchen intensiv gearbeitet werde. Man könne kritisieren, dass zu wenig informiert und zu wenig getan wird, aber man könne nicht kritisieren, dass man nichts tue. Diesen Rat von anderen einzuholen, die Zusammenarbeit mit allen anderen, erwarte er auch von seinen Mitarbeitern, denn auch alle haben den gleichen Eid geschworen.

Offensichtlich werde das von den Stadträten Vorgetragene zugestanden, stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, fest. In aller Entschiedenheit wolle er aber sagen, dass es eine Krise des Stadtrates nicht gab und nicht gibt. Wir haben in der Zusammensetzung als Stadtrat ein Abbild der Ergebnisse der letzten Kommunalwahl. Ansonsten sei es eine kommunale Zusammenarbeit.

Herr Beigeordneter Hantusch bemerkte, er sei heute am stärksten angegriffen worden. Deshalb wolle er auf die Bemerkung des Stadtratsvorsitzenden eingehen, der gesagt hat, dann stimme ja das so, wie es vorgetragen wurde. Er hätte heute bewusst nichts gesagt, denn er sei Wirtschaftsförderer und habe auch die aktuelle Stunde im öffentlichen Teil mit Schaudern gesehen, weil man müsse sich vorstellen, dass man so keine Wirtschaftsförderpolitik machen könne. Jeder Unternehmer, er habe diese Woche erst mit Herrn Scheidel gesprochen, der sagt per Telefongespräch, was ist denn bei Ihnen los, da kann man nur noch die Hände überm Kopf zusammenschlagen. So etwas Ähnliches sage auch die Bayrische Hausbau. Insofern müsse er sagen, ja es ist nicht gut, wie es läuft, aber es laufe schon eine ganze Zeit lang. Heute ist er es, Herr Hantusch, in der Vergangenheit waren es andere. Insofern sage er an Herrn Tonndorf gerichtet, er lade ihn für einen Tag oder Woche in sein Dezernat ein, um dort mitzumachen und damit er sehen kann, wie ein Dezernat heute ganz modern läuft, damit er damit vielleicht auf dem laufenden ist. Herr Mau werde es nicht schaffen, einen Keil zwi-

schen ihm und seinem Dezernat zu treiben. Man habe eine Klausurtagung gemacht vor 2 Wochen, es sei ein ganz hervorragend aufgestelltes Dezernat mittlerweile, die Wirtschaftsförderung habe sich entwickelt und man sei auf einem guten Weg. Er gebe Herrn Mau heute und jetzt das Versprechen, er werde es nicht schaffen, über den Vortrag, den er heute getätigt hat, irgendetwas zu ändern. Insofern wolle er sich davon distanzieren.

Ja, er komme aus einer etwas größeren Stadt, er habe andere Ansichten, ob ein Beigeordneter bei einer Eröffnung eines Lutzmannzaunes dabei sein muss, oder ob die Stadt größere Probleme hat. Hierzu gebe es in der Tat unterschiedliche Ansichten innerhalb der Stadt, das halte er auch aus, denn er glaube und für sich muss er das gleiche in Anspruch nehmen, wie der Oberbürgermeister, er liebe diese Stadt, lebe in dieser Stadt. Insofern komme er seinen Amtseid nach, hier sein Maximum einzusetzen für die Stadt. Dazu gehöre nicht unbedingt, an jeder Veranstaltung teilzunehmen. Er versucht, seine Arbeit, seine Arbeitskraft, die auch nur begrenzt ist, zu optimieren. Die Erfolge, die wir gezeigt haben, er erinnere, dass man im 3. Jahr des KAP 2 ist. Ohne irgendeine personelle Aufstockung habe man das mit Erfolg durchgezogen. Herr Mau sei seit Monaten dabei, ihn zu demontieren, was er nicht schaffen werde. Damit wolle er es bewenden lassen, weil alles Weitere der Stadt schadet. Er als Wirtschaftskreisvorsitzender müsste wissen, dass Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen, wie bspw. die IMT, die intensiv mit zu Gange waren, hier werde man vielleicht auch noch einmal etwas hören von ihnen, dass hier die Unternehmen vorher auch Recherchen treiben, im Internet nachsehen, was in Dessau eigentlich los ist. Das gleiche werde gemacht, wenn wir Stellen ausschreiben. Gute Leute, kluge Köpfe informieren sich, was hier los ist. Die Ergebnisse der letzten Monate können alle sehen.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Weber, der sehr anspruchsvoll die aktuelle Stunde eröffnet hat. Er sei dankbar, dass er gesagt hat, es müsse sachlich zugehen. Leider war er der einzige Redner, der sich diesem Grundsatz in dieser aktuellen Stunde verpflichtet sah. Auch Herr Schönemann habe versucht, genau dieses Thema in Richtung Sachlichkeit zu bringen und das sei etwas, was für jemanden, der jetzt vor den Stadträten steht und ein gescheitertes Abwahlverfahren hinter sich hat, den Entzug zweier Geschäftsbereiche und ein Disziplinarverfahren hinter sich hat, insofern kein Problem, sich auch öffentlich zu äußern. Alles, was seine Person betreffe, sei den Stadträten bestens bekannt, ist der Öffentlichkeit bekannt. An den Oberbürgermeister gewandt, legte Herr Dr. Raschpichler weiter dar, es sei schwer, selbst Sachlichkeit einzufordern und diesen Weg ständig zu verlassen. Was Herr Tonndorf geschildert hat, entbehre jeglicher sachlichen Begründung.

Er frage sich, wie es nach der Aktuellen Stunde weitergehen soll, wenn man sich vorstelle, wie Herr Mau den Kollegen Hantusch in Bezug auf emotionale politische und gefühlte Dinge hier vorführe. Er könne damit gut leben, weil es er in drei Jahren gewöhnt ist. Er sei es gewöhnt, dass ohne Begründung von sachlichen Fakten Entscheidungen getroffen werden. Das Städtische Klinikum wurde ihm entzogen mit der Maßgabe, wir brauchen Ruhe, das Klinikum möchte es so, was die Entscheidung des Oberbürgermeisters war, aber keine Sachgründe sind. Der Masterplan Kultur und damit die Zuständigkeit für die Kultur sei ihm entzogen worden und das sei das, was Herr Dr. Weber vergessen habe, es gab einen Kulturausschuss, der den Masterplan Kultur als Arbeitsrichtung freigegeben hat, nachdem der Oberbürgermeister im Vorfeld auch in der OB-DB diesen freigegeben hat.

Wolle man weiter in dieser Stadt mit Halbwahrheiten, Unterstellungen, persönlichen Diffamierungen leben, oder zur sachlichen Arbeit zurückkehren, wie das Herr Dr. Weber wirklich fordere. Herr Dr. Raschpichler sei bereit, diesen sachlichen Weg weiter zu gehen. Wenn heute ein Stadtrat deutlich macht, wo er den Weg der Sachlichkeit, den Weg des Respekts vor anderen, den Weg der Toleranz gegenüber den anderen verlassen hat, dann solle man ihm das sagen und dann werde man eine Lösung finden. Es gehe aber nicht an, mit mittelalterlichen Führungsmethoden Sachlichkeit einzuklagen, um dann zu sagen, ja die anderen sind schuld. Allein die Tatsache, dass die Aktuelle Stunde heute genau in diese Richtung ging, die Herr Koschig und alle Beigeordneten befürchtet haben, mache deutlich, dass es genau das Problem ist, was Herr Dr. Weber angesprochen hat. Wenn man Sachlichkeit einfordert, dann sei das bitte keine Einbahnstraße, dann mag dieses Thema für alle gelten. Dr. Raschpichler beziehe sich hier ausdrücklich ein. Er könnte die Liste fortsetzen, tue es aber nicht, wo er das Gefühl habe, dass in Bezug auf seine Person, auf seine Mitarbeiter und sein Dezernat und viele Dinge, die damit im Zusammenhang stehen, genau die Ebene der Sachlichkeit nicht mehr stattfand. Er freue sich, dass das angemahnt wurde und dass das auch der Oberbürgermeister so deutlich sagte, Herr Hantusch habe es auch deutlich gesagt, und das sei seine Antwort: Er werde seine sachliche Arbeit in dieser Stadt in dem Aufgabengebiet fortsetzen, was ihm verblieben ist.

Frau Müller, SPD-Fraktion, erwiderte bezüglich der Ausführungen von Herrn Dr. Raschpichler zum Klinikum. Er wisse genau wie alle Mitglieder des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum, dass er im Unrecht ist. Was er sich in der Sitzung des Betriebsausschusses geleistet hatte, entbehrte jeglichem Beispiel. Es war mehr als unverschämt, wie er die Klinikleitung und auch die Mitglieder des Ausschusses behandelt hat. Er habe den Mitgliedern und ihr persönlich das Wort verboten, was sie sich als Stadtrat nicht gefallen lasse. Die Stadträte und auch der Klinikausschuss haben ihn gewählt. Die Mitglieder des Ausschusses wollten, dass er von der Aufgabe entbunden wird und nicht der Oberbürgermeister.

Das, was die Stadträte Tonndorf und Mau hier an die Dezernenten gerichtet sagten, könne er nicht so im Raum stehen lassen, merkte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, an. Deshalb richtete er sich vor seinem Beitrag an Herrn Mau. Dieser habe ihn beeindruckt mit der Detailfülle und dem Kenntnisstand, den er heute erstmals an den Tag gelegt und den niemand, der ihn kennt, erwartet habe. Herr Koschig habe wieder einmal Kreide gegessen, was Herr Dreibrodt in 21 Jahre schon so oft erlebt habe.

Des Weiteren führte Herr Dreibrodt an die Anwesenden gewandt aus: „die Initiatoren dieser Aktuellen Stunde fordern einen Neuanfang in der Verwaltungsspitze in Dessau-Roßlau unter der Führung des Oberbürgermeisters, unter der Führung von Klemens Koschig. Versinnbildlicht stünde hier für die Forderung nach neuem Wein aus einem alten Schlauch. Ein Wunder, das bitternötig wäre, das es aber leider in Dessau-Roßlau nicht geben kann und nicht geben wird. Warum bin ich darin so sicher? Rufen wir uns in Erinnerung: Im Jahr 2007 hat es aus den vormals eigenständigen Städten Dessau und Roßlau die Gründung einer neuen Doppelstadt Dessau-Roßlau gegeben, begleitet von dieser teils frenetisch gefeierten Stadtgründung waren euphorische Hoffnungen für die neue Kommune, dass damit ein riesiger Berg von Schulden und Problemen mittelfristig abgetragen werden kann und das Tor in eine goldene Zukunft aufgestoßen wird. Dessau, jetzt Dessau-Roßlau, war ein großer Tanker in schwerer See, der künftig vom Kapitän Klemens Koschig in ruhiges und sicheres Wasser gelenkt werden sollte. Koschig

behauptete, dass er das könne, forderte aber eine doppelte Schonzeit, 100 Tage für Roßlau und 100 Tage für Dessau. Diese Schonzeit, sehr geehrte Stadträte, ist lange vorbei. Koschigs Verkündigung war eine grobe Fehleinschätzung. Das Gegenteil war eingetreten. Das Wasser um uns ist noch rauer, die Seenot des Tankers Dessau-Roßlau noch viel größer und die Zustände auf der Kommandobrücke sind desolat und chaotisch. Warum herrscht Chaos auf der Kommandobrücke? Was sind die Ursachen? Hierfür wird wohl jede Fraktion ihre eigene Deutung haben. Ich kann folgende Wertung vornehmen. Die Dezernenten, Dr. Raschpichler, Hantusch und Nußbeck sind nicht inkompetent. Sie haben langjährige Lebens- und Berufserfahrung, sie sind langjährig berufserfahren und sie sind gewillt, hier in Dessau-Roßlau einen ordentlichen Job zu machen, jeder auf seinem Gebiet und sie tun es. Der Oberbürgermeister muss die Stadt repräsentieren und rechtlich vertreten. Die viel wichtigere Aufgabe des Oberbürgermeisters besteht aber darin, strategisch wichtige Weichenstellungen vorzubereiten und Aufgaben verwaltungsintern zu verteilen, kurz, er muss delegieren und moderieren, natürlich primär in der Verwaltungsspitze. Und genau dieser Aufgabe wird Herr Koschig nicht gerecht. Er lässt seinen Fachdezernenten nicht die notwendigen Freiräume und Selbstständigkeit, die sie brauchen, um effektiv arbeiten zu können. Der OB muss alles, aber auch alles bis ins Kleinste unter Kontrolle haben, am liebsten alles selbst machen und zur Chefsache erklären, Misstrauen und Argwohn bestimmen sein Handeln. Gute, höhere Leitungskräfte, die in ihren Fachgebieten naturgemäß kompetenter sind als er, sind ihm suspekt und stellen in seinen Augen eine potentielle ständige Gefahr dar. Deshalb war und ist für unseren OB von größter Wichtigkeit, Mitarbeiter um sich zu scharen, die zu seinem Handeln Ja und Ahmen sagen. Kontrolle zum Machterhalt ist für ihn das wichtigste. Übrigens, „Wer aufmuckt, fliegt“ war Verhaltenskodex im Roßlauer Rathaus. Diese Maxime wurde damals schon Wirtschaftsdezernent Germer, Sozialdezernentin Lieber, Kulturamtsleiter Kaschke und zahlreichen anderen Führungskräften zum Verhängnis. Nur, sehr geehrte Stadträte, so geht es nicht weiter. Wir Stadträte haben Beigeordnete und teilweise Amtsleiter bestimmt, mit denen muss der OB zusammenarbeiten und wenn er das nicht kann, dann muss er seine Konsequenzen ziehen. Denken wir uns einmal, sehr geehrte Stadträte, Dr. Raschpichler und Hantusch einfach weg ...“

Es erfolgte der Hinweis seitens des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, Herr Dreibrodt möge langsam zum Ende seines Beitrages kommen.

Fortfahrend fragte Herr Dreibrodt, ob damit die Probleme für Dessau-Roßlau weg wären, für die diese angeblich verantwortlich sind. „Ich denke nicht. Was haben Raschpichler und Hantusch mit dem Fall Lambrecht zu tun, als OB Koschig den früheren Kulturamtsleiter noch kurz vor seinem ehrenvollen Altersabgang stürzen wollte, um auch dort eine Person des Vertrauens zu installieren. Was haben Raschpichler und Hantusch“ (**Glocke Dr. Exner**) „mit dem Fall Vorjans zu tun, als Herr Koschig den Hauptausschuss brüskierte und Herrn Vorjans aus demselben Grund entlassen hat und ihn später wieder einstellen musste. Was haben Raschpichler und Hantusch damit zu tun, dass sie in Sachen Kulturentwicklungsplan“ (**Herr Dr. Exner**, forderte Herr Dreibrodt erneut auf, zum Ende zu kommen). Herr Dreibrodt setzte seine Rede fort mit dem Hinweis, seitdem OB Koschig diese als Chefsache an sich gerissen hat, ist nichts passiert. „Was haben Raschpichler und Hantusch damit zu tun, dass Koschig den ganzen Stadtrat 2010 vorgeführt hat und mit der Blut- und Tränenliste an die Presse ging, bevor nur ein Stadtrat darüber informiert war. (**Glocke**) Und letztens, was haben Raschpichler und Hantusch damit zu tun, dass die Ortsbürgermeister frustriert sind und Mosigkaus Orts-

bürgermeister Göricke hinschmeißt, weil er sich jahrelang, Zitat: „von Koschig verhöh-nepipelt fühlt.“ Ignorierung der Sportstättensatzung, ...“ (**Einwurf Dr. Exner, jetzt ist langsam Schluss**) „Es gebe noch so viele Beispiele, ich muss aus Zeitgründen abbrechen. Deshalb, Herr Koschig, gestehen Sie es sich endlich ein, das Problem Dessau-Roßlaus ist kein Amtsleiter und kein Beigeordneter, das Problem der Stadt sind Sie. Sie können und wollen mit kompetenten Amtsleitern und Beigeordneten nicht zusammenarbeiten, Sie sind nicht teamfähig und, was noch viel schlimmer ist, Sie können nicht führen. Ihre Führungskompetenz ist erbärmlich.“ (**Einwurf Dr. Exner: „Herr Dreibrodt, jetzt ist aber Schluss“**). **Herr Dreibrodt** weiter: „Wenden Sie größeren Schaden von Dessau-Roßlau ab und tun das, was erforderlich ist. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.“

Nach jemandem wie Herrn Dreibrodt zu sprechen, der maßlos übertreibt oder auch eine Zumutung ist für die Öffentlichkeit, sei äußerst schwierig, erklärte **Frau Lohde, CDU**. Deshalb werde sie das, was sie sagen wollte, etwas ändern. Sie fragte Herrn Dreibrodt, was seine Botschaft sei, er habe Forderungen aufgestellt und vorher tief gestapelt. Er und wir wissen immer noch, dass die Dezernenten politische Ämter haben, 50 % der Machtführungskraft liege in der Hand der SPD. Das war damals ein hervorragend gelungener Schachzug, 2 Dezernentenposten zu ergattern. Seitdem habe man den Eindruck, dass die 2 SPD-Männer nicht mehr zur SPD gehören. Sie erwarte, dass diese ihre Führungsqualitäten, in der Vertretung 50 %, auch hier ausleben, dem nachkommen und auch der Verantwortung, die damit verbunden ist.

Auch die stärkste Fraktion, die CDU, sollte einen anderen Maßstab im Stadtrat setzen als die persönliche Beleidigung eines Beigeordneten. Herr Hantusch wisse, dass sie mit seiner Art auch teilweise Probleme hat, er bemühe sich aber und beide Dezernenten haben das Wort ergriffen, dass sie gewillt sind, einen Neuanfang zu machen.

Zu Herrn Dreibrodt zurückkehrend, bemerkte **Frau Lohde** weiter, Bündnis 90/Grüne habe das Machbare vorgeschlagen, das ist ein Neuanfang in den vorhandenen Strukturen. Das sei das Eigentliche, was möglich ist. Die SPD habe es in der Hand, Herr Dreibrodt, für die Mehrheit im Stadtrat zu sorgen, dass der Oberbürgermeister so unter Druck gerät, dass er zurücktritt. Sie halte das für das Ende mit Schrecken, aber es wäre endlich eine Beendigung des Schreckens, das seit langem herrscht. Das wäre eigentlich ihre Ausführung gewesen.

Frau Lohde erinnerte daran, dass ihr als Fraktionsvorsitzende der CDU anheim gebracht wurde, von Herrn Koschig, damit Lügen bestraft zu sein, die er da verbreitet hat. Es hat unendlich viele andere getroffen. Sie wolle Herr Vorjans benennen, der sich seinerseits bemüht, trotzdem eine gute Arbeit abzuleisten. Jetzt sei es laut Herrn Mau Herr Hantusch. Prima, willkommen im Club, sagte sie, er sei nicht der einzige und hier ist der rote Faden. Sie wolle es Herrn Oberbürgermeister Koschig sagen, der rote Faden sei er. Es gelinge ihm immer wieder gut, die Opferrolle einzunehmen. Deshalb werde sie es hier aussprechen, weil diese ihm nicht zusteht. Frau Lohde empfahl, wenn der Oberbürgermeister so davon überzeugt ist, dass die Mitarbeiter in der Verwaltung so hervorragend von ihm angeleitet werden, dass er sich verpflichten sollte, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen, in der die Mitarbeiter die Vorgesetzten bewerten und es dann auch öffentlich zugänglich zu machen. Vielleicht ist es so, **Frau Lohde** sehe es anders, aber es wäre ein realer Beweis dessen, wie die Führungskompetenz des Oberbürgermeisters ist und durchaus auch die der Dezernenten. Sie sehe aber, und dazu gratuliere sie, dass Herr Dr. Raschpichler und Herr Hantusch die Kontenance wahren und sich

nicht locken lassen, obwohl die Angriffe sehr massiv waren und persönlich diffamierend. Davon distanzieren sie sich sehr stark.

Sie beendete ihr Veto an die SPD damit, dass diese ihre Verantwortung in der Führung wahrnehmen soll, sie haben die Chance dazu, weshalb sie die Veränderung herbeiführen sollen. Sie seien nicht nur 8 Mitglieder im Stadtrat, sondern haben 50 % der Führung in dieser Stadt.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, bemerkte, es wurde viel debattiert und schmutzige Wäsche gewaschen, die eigentlich in der Öffentlichkeit nichts zu suchen habe. Man hatte am Anfang den Wunsch nach einem Neuanfang von Herrn Dr. Weber gehabt. Man sollte versuchen, einen Neuanfang zu machen. Man sei eine Schicksalsgemeinschaft, alle werden an Bord bleiben, es sei denn, einer entscheidet sich selbst zu gehen. Ansonsten sei keine Macht da, etwas zu ändern. Das müsse man als Fakt hinnehmen. Man sollte versuchen, entsprechend zusammenzuarbeiten zum Wohle der Stadt. Das gelte nicht nur für die Verwaltungsspitze, sondern letztendlich auch für die Stadträte. Das sei sein Appell an alle Stadträte und die Verwaltung.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, erklärte, in den 15 Jahren ihrer Tätigkeit im Stadtrat habe sie so etwas wie heute noch nicht erlebt. Sie schäme sich am heutigen Tag, Stadträtin der Stadt Dessau-Roßlau zu sein. Man habe viele schlimme Zeiten durchgemacht, habe sehr viel diskutiert, beginnend vom Runden Tisch in der DDR-Zeit an, aber es ist immer sachlich zugegangen, so etwas, wie heute gab es noch nicht. Der Neuanfang sollte gemacht werden. Der Hauptausschuss sollte seiner Verantwortung gerecht werden, denn der Hauptausschuss kenne die Probleme und müsse sich damit beschäftigen. Man finde keine Lösung. Jede Lösung hätte verheerende finanzielle Folgen für die Stadt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, schloss die Aktuelle Stunde und kündigte eine 20-minütige Pause an.

6. Beschlussfassungen

6.1 Bestellung eines ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten Vorlage: DR/BV/350/2011/I-GB

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die Anwesenheit der Bewerber, Herr Schwierz und Herr Ibanez Vaca, fest, welche sich bereits im Haupt- und Personalausschuss vorgestellt hatten. Er richtete die Frage an das Gremium, ob es Anfragen an diese gebe.

Mit dem Hinweis darauf, dass Herr Schwierz eine 5-jährige Amtszeit hinter sich habe, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an diesen die Frage, welche Erfahrungen er gesammelt hat und welche einfließen werden bei einer Wiederwahl.

Herr Schwierz wies auf eine vor wenigen Wochen in der Ölmühle stattgefundene interkulturelle Veranstaltung mit Bürgern aus den ehemaligen GUS-Staaten hin, die wiederum mehrheitlich in der Jüdischen Gemeinde Dessau eingebunden sind. In vielfältigen Gesprächen gab es eine Erkenntnis, welche Frau Iwanowa ihm näher gebracht habe, dass man nicht im eigenen Saft schmoren dürfe. Die Zuwanderer müssen die deutsche Sprache sprechen und die deutsche Gesellschaft leben. Dabei sei das Beherrschen der

deutschen Sprache im Leben miteinander und auch mit den Menschen der Mehrheitsgesellschaft unabdingbar für die Integration in dieser Gesellschaft.

Eingedenk dieser Erlebnisse und Ergebnisse und anknüpfend an seine Erfahrungen und Kontakte als ehemaliger Ausländerbeauftragter der Stadt Dessau-Roßlau wolle er Ansprechpartner und Impulsgeber sein, um dem Thema Integration in unserem Gemeinwesen den gesellschaftlichen Stellenwert zu vermitteln, den es bedarf, um auch hier in die breite Mitte der Gesellschaft hinein wirken zu können. Das war und ist für ihn eine große Motivation, auch für eine erneute Bewerbung um das Amt des ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten unserer Heimatstadt.

Unter den Migranten, im politischen Raum und bei den Bürgern gebe es eine nicht unerhebliche Erwartungshaltung an das Wirken des Ausländerbeauftragten. Durch sein Mandat als Stadtrat strebe Herr Schwierz eine stringente und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem politisch gestaltenden Gremium des Stadtrates an. Konkret themenorientiert wolle er einmal im Jahr die Fraktionen des Stadtrates aufsuchen, wolle ein konstruktives Miteinander mit der städtischen Verwaltung, wie auch mit dem Integrationskoordinator und dem Integrationsbeirat. Den Integrationsbeirates gelte es qualitativ weiter zu entwickeln, d. h. auch engagierten Bürgern mit deutscher Staatsangehörigkeit sollte es möglich sein, in diesem Gremium mitzuwirken. Er wolle die Zusammenarbeit mit Behörden unserer Stadt, wie der Polizei, dem Umweltbundesamt, mit Bildungseinrichtungen, wie der Fachhochschule Anhalt, der Berufs- und Allgemeinbildenden Schulen, aber auch Verbänden und Vereinen intensivieren, die die Themen Integration, Welt-offenheit und Antifaschismus auf ihrer Agenda haben, wie Migrantenselbstorganisationen oder etwa dem Bündnis gegen Rechtsextremismus. Es gelte, das Thema Integration öffentlichkeitswirksam in unsere Gesellschaft hineinzutransportieren. Dem mit dem demographischen Faktor einhergehenden Fachkräftemangel zu begegnen und zwar durch Zuwanderung, wolle er dies durch entsprechende Projekte medial begleiten. Entsprechende mediale Konzepte liegen vor, welche er mit entsprechenden Partnern umsetzen wolle.

Dessau-Roßlau stehe 2012 und 2013 im Zeichen von Anhalt|800, des Sachsen-Anhalt Tages und des 800. Geburtstages unserer Stadt Dessau. Hier sehe er eine wichtige Aufgabe des Ausländerbeauftragten darin, die progressiven und humanistischen Traditionen unserer Stadtgeschichte öffentlichkeitswirksam zum Wohle unserer Heimatstadt zu vermitteln. Dem fühle er sich als Bewerber um das Amt des ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten ausdrücklich verpflichtet.

Frau Lütje, SPD-Fraktion, stellte den **Antrag**, Herrn Harold Ibañez Vaca ebenfalls das Rederecht einzuräumen und ihn zu fragen, warum er sich auf diese Stelle bewirbt.

In seiner Vorstellung legte Herr Ibañez Vaca dar, er ist 32 Jahre alt, verheiratet und hat 2 Kinder. Ursprünglich komme er aus Bolivien und wohne seit 8 Jahren in Deutschland. Seit 2009 arbeite und wohne er in Dessau-Roßlau. Durch seine Erfahrung möchte er allen Ausländern und Familien helfen, Hürden zu überwinden, damit sie dieselben Chancen auf ein würdiges Leben und Verwirklichung ihrer persönlichen Ziel haben, wie andere Bürgerinnen und Bürger auch. Dieser Herausforderung möchte er sich widmen. Er freue sich, dass man jetzt einen Integrationsbeirat in Dessau-Roßlau habe. Als Ausländerbeauftragter möchte er die Information von ausländischen Neuankömmlingen in Dessau-Roßlau verbessern. Dazu benötige man schriftliches Informationsmaterial in mehreren Sprachen mit Adressen von Beratungsstellen, Verbänden, Institutionen. Die-

se Flyer könnten z. B. bei der Anmeldung im Bürgeramt direkt verteilt werden. Zusätzlich könnten diese Informationen auch bereits gemeldeten ausländischen Mitbürgern gesendet werden und auf einer Internetseite der Stadt speziell für ausländische Mitbürger eingestellt werden. Als Ausländerbeauftragter möchte er das Angebot an Sprachförderung erweitern. Das möchte er durch Organisation von ehrenamtlichen Lesepatenschaften für Kinder mit Migrationshintergrund und interessierten Erwachsenen erreichen. Weiterhin wolle er die interkulturelle Kompetenz fördern, denn es sei wichtig, den Schulen Angebote zur Förderung der kulturellen Kompetenz bis hin z. B. Theater gegen Rechts zu vermitteln, um in diesem Rahmen Veranstaltungen zu diesem Thema aufzugreifen. Ebenso wichtig sind multikulturelle Veranstaltungen, wie z. B. das Sommerfest im Stadtpark. Ratsuchenden ausländischen Mitbürgern werde er selbstverständlich regelmäßig im Rahmen der Sprechstunde zur Verfügung stehen. Als Altenpflegerhelfer arbeite er in einem sozialen Beruf. Die Arbeit mit Menschen gefalle ihm und er gehe auf sie zu. Als ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter möchte er bei der Lösung von Problemen helfen und zusammen mit den Stadträten daran arbeiten, ausländische Mitbürger zu unterstützen und Integration in Dessau-Roßlau zu fördern.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel mit dem Hinweis des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, dass derjenige, der die meisten Stimmen auf sich vereint, als ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter gewählt ist. Er regte an, nach Abgabe der Stimmen im Wahlgang mit der Tagesordnung fortzufahren. Das Ergebnis würde nach Auszählung bekannt gegeben. Er bat die Zählkommission, bestehend aus Frau Andrich, Frau Müller, Herrn Glathe und Herrn Tonndorf, ihre Arbeit aufzunehmen.

Im Verlauf der Sitzung gab **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, folgendes Wahlergebnis bekannt:

Abstimmungsergebnis: Von den 44 abgegebenen Stimmen entfallen auf
Herrn Ibañez Vaca 28 Stimmen und
auf Herrn Schwierz 15 Stimmen,
1 Stimme war ungültig.

Herr Harold Ibañez Vaca wurde zum ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten bestellt.

Herr Ibañez Vaca wurde zur Wahl als ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter beglückwünscht.

6.2 Gemeinsame Erklärung der Fraktionen im Stadtrat Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/395/2011/FDP

Der Tagesordnungspunkt wurde zeitlich vorgezogen und nach dem TOP 2 behandelt.

Einführend legte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, namens aller einreichenden Fraktionen dar, der Stadtrat stehe gelegentlich im Verdacht, in grundlegenden Fragen der Entwicklung unserer Stadt nicht einheitlich und nicht mit einer Stimme zu handeln. Immer dann, wenn das so ist, ist aber die Verwirklichung von Zielen und Vorhaben fraglich, die von der Unterstützung des Landes und des Bundes abhängen.

Der heutige Beschluss zur Notwendigkeit eines Besucher- und Ausstellungszentrums für das Bauhaus soll dokumentieren, dass sich die Stadt bei der Verfolgung eines ihrer wichtigsten Zukunftsvorhaben einig ist. Die Erklärung ist nach Außen gerichtet. Sie ist ein Appell an den Landtag und die Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Diese Erklärung wird von allen Fraktionen dieses Hauses getragen und als Beschluss eingebracht. Sie dokumentiert damit nach Außen in der gebotenen Einmütigkeit den unveränderten und festen Willen der Stadt, mit der Errichtung eines Besucher- und Ausstellungszentrums dem internationalen Ansehen unserer Stadt und unseres Landes Sachsen-Anhalt gleichermaßen zu dienen. Die Botschaft dieser Erklärung lautet: Dessau, die Bauhausstadt in Sachsen-Anhalt, in der die Bauhausmeister ihre bis heute fortwirkenden Vorstellungen nicht nur ausformen, sondern in vielfältiger Weise verwirklichen konnten, verdient anlässlich 100 Jahre Bauhaus eine vergleichbare Förderung, wie Wittenberg, die Lutherstadt in Sachsen-Anhalt, anlässlich des 500-jährigen Reformationsjubiläums erfährt.

Im Auftrag aller, die diese Erklärung tragen, also alle Fraktionen dieses Stadtrates, bat **Herr Dr. Neubert** auch diejenigen, die keiner Fraktion angehören, ganz ausdrücklich die im Beschlusstext bereits unterstellte Einmütigkeit auch tatsächlich zustande kommen zu lassen und nicht durch Gegenvoten oder Enthaltungen zu unterlaufen. Dann und nur dann wird die vorliegende Erklärung ihre Wirkung nicht verfehlen.

Zu Wort meldete sich **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Er erklärte nochmals ausdrücklich seine Zustimmung zu einem Besucher- und Ausstellungszentrum Bauhaus, betonte allerdings, dass sich die handelnden Personen dieser Stadtverwaltung und des Bauhauses sehr frühzeitig - das wissen die Stadträte, die Verbindungen zur Landesregierung haben, schon sehr lange - in Magdeburg „zwischen die Stühle gesetzt“ haben. Herr Trocha könne bezeugen, dass der Ministerpräsident zu Herrn Otto eindeutig gesagt habe, wir haben als Verwaltung die Hausaufgaben nicht gemacht und kein Betreiber- und Finanzierungskonzept für den weiteren Betrieb eines solchen Besucher- und Ausstellungszentrum vorgelegt haben. Das ist Beschlusslage des Stadtrates vom Oktober 2010 und bis heute nicht realisiert. Aus diesem Grund gelte seine Zustimmung heute nur unter dem Vorbehalt, dass ein Standort - egal, ob es eine große Variante ist oder eine kleinere Variante wird, die später auch erweiterungsfähig sein könnte - noch einmal ergebnisoffen diskutiert wird.

Der Stadtrat nahm die Resolution einstimmig an.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.3 Erneute Beschlussfassung - Variantenuntersuchung Ostrandstraße - aufgrund des Widerspruchs des Oberbürgermeisters **Vorlage: DR/BV/297/2011/VI-66**

***Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen,** erklärte sich befangen und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Zunächst verwies **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates,** darauf, der Widerspruch des Oberbürgermeisters versetze die Diskussion im Stadtrat in den Zeitpunkt zurück, in dem man tratsitzung die Beschlussfassung vorgenommen hat. Man befinde sich im Prinzip am Ende der letzten Diskussion und steige dort wieder ein.

Einführend betonte **Herr Beigeordneter Hantusch**, bei diesem Vorhaben handele es sich um eines der wichtigsten Bauvorhaben der nächsten 2-4 Jahre. Die Verwaltung habe nach einer sehr intensiven Diskussion, Gesprächen mit dem Landesverwaltungsamt mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr diese Ergebnisse niedergeschrieben in 2 Beschlussvorlagen. Diese beiden Beschlussvorlagen wurden vom Stadtrat geändert beschlossen, wozu der Oberbürgermeister jetzt Widerspruch eingelegt hat.

Er wolle rekapitulieren, weshalb die Verwaltung sich zu dem Wechsel durchgerungen hat bzw. welche Rahmenbedingungen letztendlich vorlagen. Die Stadt wolle nach wie vor die Ostrandstraße als Ortsumgehung bauen. Man sei aber dahingehend unter zeitliche Zwänge geraten, dass man bis zum 31.12.2014 abgerechnet haben muss. Nachdem wir dann das Planfeststellungsverfahren angestoßen, die Träger öffentlicher Belange angehört und gemerkt haben, welche Problematik letztendlich dahinter steht, dass eben gut ausformulierte Eingaben gemacht wurden, dass sie sehr umfangreich waren und teilweise über Rechtsanwälte vorgetragen wurden, habe man abgeschätzt, dass es Klagen geben werde bei diesem Verfahren. Diese Klagezeit habe man einbezogen in die Planungen, was legitim und unsere Pflicht sei. Man müsse das gewissenhaft machen, was man getan habe. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass wir die Ostrandstraße nicht bis zum 21.12.2014 fertig bekommen.

Nachdem das Risiko ausgewertet wurde, habe man gesagt, man müsse das Ersatzbauvorhaben, welches die Muldebrücke, das Bauwerk 11 ist, angehen. Aber auch bei dem Bauwerk 11 sei man eng im Zeitrahmen der Realisierung. Deshalb wurden den Stadträten 2 Dinge vorgetragen, zum einen die Fördergelder für die Ostrandstraße auf die Muldebrücke umzulegen und zwar die in der Förderperiode bis 2013 und das dem Land auch so mitzuteilen, damit sie die Freigabe geben und zum zweiten aber an dem Projekt Ostrandstraße und an dem Planfeststellungsverfahren als oberstes und prioritäres Projekt festzuhalten. Das hieße dann auch, nächstes Jahr, spätestens übernächstes Jahr dieses Projekt Ostrandstraße wieder in die Mittelanmeldung reinzubekommen beim MLV. Der Stadtrat hatte andere Vorstellungen als die Verwaltung. Bei einem Termin beim Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, an dem der Oberbürgermeister auch dabei war, hatte man auf der Abteilungsebene gesprochen und die Stadträte Hoffmann und Kolze eingeladen als Landtagsabgeordnete. Er sei enttäuscht, dass diese vorher abgesagt haben.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, warf ein, es wurde nicht abgesagt, sondern man habe die Information bekommen, dass diese Veranstaltung nicht stattfindet. Es habe sich um ein Kommunikationsproblem innerhalb des Ministeriums gehandelt.

Er habe nur gesagt, dass er es schade findet, dass die beiden Landtagsabgeordneten nicht teilgenommen haben, fuhr **Herr Beigeordneter Hantusch** fort. Es wäre wichtig gewesen, von beiden die Unterstützung zu bekommen. Man habe dieses Projekt noch einmal intensiv und eingehend mit dem Ministerium diskutiert, Lösungsmöglichkeiten gesucht. Letztendlich stand die Entscheidung, um die Muldebrücke letztendlich weiter bearbeiten zu können, müssen wir Daten der Planungsstufe 5 nach der Ausführungsplanung bereits ab Januar, Februar, März einbauen. Das bedeute, was die entscheidende Aussage des Ministeriums sei, dass wir dann einen vorzeitigen Maßnahmebeginn benötigen. Diesen vorzeitigen Maßnahmebeginn könne man nur dann bekommen, wenn man voll auf die Muldebrücke umschwenkt. Fangen wir ohne einen vorzeitigen

Maßnahmebeginn an, dann habe man es verwirkt, Fördergelder für dieses Vorhaben zu bekommen, so dass wir nicht mehr bis April oder Mai warten können.

Insofern sei die Schlussfolgerung, dass die Verwaltung gehalten ist, die Stadträte um Beschlussfassung der beiden Vorlagen zu bitten und auf das Projekt Muldebrücke umzusteigen und hier den vorzeitigen Maßnahmebeginn beim Land sofort zu beantragen. Ansonsten laufen uns die Termine weg. Das Land habe uns auch deutlich gesagt, hierüber gebe es auch ein Protokoll, dass zwei Dinge wesentlich sind. So gebe es einen Kabinettsbeschluss der Landesregierung, dass man nicht über den 31.12.2014 hinausgehen darf, d. h. die Landesregierung müsste den Kabinettsbeschluss ändern und weiterhin müsse man sich auch ansehen, inwieweit unsere Zeit- und Maßnahmepläne stimmig sind. Deshalb bitte er, den vorgelegten Beschluss Nr. 312 zu bestätigen.

Darüber hinaus gebe es noch etwas anderes: Dadurch, dass die Stadträte jetzt noch einmal die Lichtsignalanlage ins Spiel gebracht haben, müssen wir diese Variante planen, mit den Denkmalschutzbehörden abstimmen und dann abwägen und zwar Lichtsignalanlage zum Kreisverkehr. Das bedeute jetzt im Umkehrschluss, dass wir, bis wir die Ergebnisse der Lichtsignalanlage haben, nicht mehr am Planfeststellungsverfahren für den Kreisverkehr weiter arbeiten können. Insofern werde eine Änderung der Beschlussvorlage Nr. 297 dahingehend vorgeschlagen: An der im Planfeststellungsverfahren befindlichen Vorzugsvariante, die vollumfänglich den verkehrspolitischen Zielen des Verkehrsentwicklungsplanes entspricht, wird zunächst festgehalten. Im laufenden Verfahren werde die Variante 3 (Knoten mit Lichtsignalanlage ohne Abbiegefunktion aus Waldersee kommend) mit dem Ziel der Genehmigungsfähigkeit favorisierend, wie von den Stadträten vorgegeben, geprüft. Sollte unter Voraussetzung der damit verbundenen Änderung der Ziele des Verkehrsentwicklungsplanes eine grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit festgestellt werden, so werde die Variante 3 anstelle der Kreisverkehrsvariante weiter bearbeitet. Die verfahrenstechnischen Vorgaben sind zu berücksichtigen. Im Rahmen der Prüfung auf Genehmigungsfähigkeit sind die Denkmalschutzbehörden zu beteiligen.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und stellv. Vorsitzender des Stadtrates, bezeichnete dies an Herrn Hantusch gewandt, als einen schlechten Stil. Der erwähnte Termin war nicht langfristig bekannt gegeben worden und er war zu dem Zeitpunkt leider nicht vor Ort, also bezüglich der Klärung bestimmter Dinge zur Grundwasserproblematik in Sachsen-Anhalt auswärtig unterwegs, was er auch für wichtig halte. Deshalb finde er die Aussagen von Herrn Hantusch nicht ganz fair, wie er mit seinem Namen agiert habe. Deshalb weise er das zurück. Weiterhin stehe im Haushaltsansatz im ausgereichten Planentwurf des Landes ein Ausgabehorizont für diese Mittel 2015. Im Ergebnis sei ihm vermittelt worden, dass die Arbeitsebene des Ministeriums so argumentiert hat, dass beide Verfahren, sowohl die Ostrandstraße, als auch das Brückenbauwerk parallel entwickelt werden sollen und dass wir dann, wo Baurecht eintritt, zuschlagen. Das sei eine andere Argumentation, als die, die er gerade gehört habe. Er hege momentan Zweifel, ob er somit überhaupt einen anderen Beschluss fassen muss, als den, der in der letzten Sitzung gefasst wurde.

Man könne sicher wiederholt viel diskutieren, vielleicht auch polemisieren über die Rolle der Verwaltung bei der Abarbeitung des Stadtratsbeschlusses zum Schaffen des Stadtringes durch den Nordumgebungsschluss und den Bau der zweiten Muldebrücke, was er aber nicht machen wolle, erklärte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**. Hier gebe es riesige Versäumnisse in der Stadtverwaltung. Er wolle aber darauf aufmerksam machen, denn

das könnte längst fertig sein, man habe ausführlich auf die Einhaltung der Pflichtzeiten des Rettungsdienstgesetzes auf bei allen Bewohnern der östlichen Stadtteile aufmerksam gemacht. Es stehe mit Sicherheit fest, wenn die Muldebrücke angegriffen wird, bevor die zweite Muldebrücke fertig ist, werde man die Stadträte zwangsläufig in eine Situation bringen, dass wir von den Normzeiten des Rettungsdienstgesetzes weit abgeschnitten sind, wenn diese Stadtteile nur noch über die Autobahn Dessau-Süd oder Coswig erreichbar sind. Da das so eindrücklich bekannt ist, halte er das nicht für fahrlässig und auch nicht für grob fahrlässig, sondern für die vorsätzliche Gefährdung von Menschenleben aller 10.000 Einwohner, die im Osten Dessaus wohnen. Ob er das verantworten könne, mag er bezweifeln.

Diesen Einlass habe Herr Ehm schon einmal gebracht, stellte **Herr Beigeordneter Hantusch** fest. In der Beschlussvorlage stehe, dass eine Ersatzbrücke gestellt wird. D. h. also, wenn wir das Bauwerk 11 anfassen, werde auch eine Ersatzbrücke zur Verfügung stehen. Insofern könne er die Bedenken von Herrn Ehm nicht teilen.

Erstens werde die Ersatzbrücke zweispurig sein, so dass man bei Verkehrsunfällen die Gefahr habe, ein Szenario zu erzeugen und man werde das erst recht im Hochwasserfall haben, weil man dann die Ersatzbrücke herausheben müsse, erwiderte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**. Man hatte das bereits in Waldersee an der Muldebrücke, deshalb seien es keine Argumente, die das von ihm Gesagte entkräften.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies darauf, beim Vorhaben Muldebrücke hätte Herr Hantusch auch Die Grünen an seiner Seite gehabt. Deshalb sollte er sie vielleicht mit einladen. In einigen Sachfragen sei man doch auf einer Ebene, wenn auch nicht bei der Ostrandstraße.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, die 35 Tage seit unserem letzten Stadtratsbeschluss habe man genutzt, um mit einer Veranstaltung aufzuzeigen, wie es nicht geht. Der Auftrag des Stadtrates an die Verwaltung war aber, Lösungsansätze zu finden, wie man es hinkriegt. Genau das, was Herr Hoffmann aus dem Land signalisiert hat, war unsere Intention, beide Dinge gleichzeitig vorzubereiten. Natürlich bekomme man nur für eines im jetzigen Haushaltsansatz vom Land die Planungsmittel. Wenn man den vorzeitigen Maßnahmebeginn für zwei habe, bekommen wir diese erst, wenn das zweite dann gemacht wird. Man wolle aber zu dem Zeitpunkt entscheiden, wenn es an der Zeit ist, welche Maßnahme wir machen. Damit sichert man, dass auf alle Fälle die Fördergelder abfließen. Dazu hatte der Minister seine Unterstützung erteilt. Er bitte die Landtagsabgeordneten, einen Termin zu organisieren mit Mitgliedern des Bauausschusses, wo man einen Lösungsansatz gemeinsam mit der Landesregierung sucht.

Da genau die Sachlage, wie von Herrn Otto geschildert und von Herrn Hoffmann erwähnt, Grundlage der Entscheidung der Fraktion ist, könne man leider dem Widerspruch nicht folgen, legte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte keine weiteren Wortmeldungen fest und merkte an, durch den Widerspruch in den alten Zustand zurückversetzt zu sein. Es gebe seitens der Verwaltung einen Änderungsantrag, welcher am heutigen Mittag dem Präsidium zugereicht wurde. Änderungsanträge können im Termin gestellt werden. Da der Änderungsantrag den Stadträten nicht vorlag, werde dieser nachträglich verteilt.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte aufgrund des neuen Änderungsantrages und der Bitte von Herrn Otto den **Geschäftsordnungsantrag**, die beiden Tagesordnungspunkte in die nächste Stadtratssitzung zu vertagen, bis eine entsprechend fundierte Entscheidung vorliegt.

Der **Antrag** wurde bei 3 Für-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Da der Änderungsantrag kopiert und verteilt werden müsse, regte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, an, mit dem Punkt 6.9 der Tagesordnung weiter zu machen.

Das zwischenzeitlich ausgereichte Änderungsblatt war zur Kenntnis genommen worden. **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, merkte an, er sehe im Procedere den Widerspruch und die neue Beschlusslage der von der Verwaltung eingereichten Konstellation. Er fragte, wird der Widerspruch zurückgezogen und gibt es einen Änderungsantrag?

Richtig stellend erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**, der Widerspruch hat die Wirkung, dass die Diskussion zurückversetzt wird in den Stand, der vor der Beschlussfassung in der letzten Stadtratssitzung existierte. D. h. es liegt eine Beschlussvorlage vor, die ursprünglich einmal von den Fraktionen eingebracht war, und es gibt jetzt von der Stadtverwaltung einen Änderungsantrag vom Dezernat VI, der ausgereicht wurde. Herr Dr. Exner lasse somit zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und danach nochmals den Beschlussvorschlag.

Herr Beigeordneter Hantusch merkte an, dass diejenigen, die dem Beschluss heute evtl. nicht zustimmen wollen, den Vorschlag der Verwaltung mittragen könnten. Das heißt, wir planen die Ostrandstraße weiter mit der Ergänzung der Lichtsignalanlage. Insofern meine er, dass kein Problem besteht, dem nicht zuzustimmen. Es gibt evtl. mehr ein Problem damit, dass einige Stadträte den Wechsel von der Ostrandstraße zur Muldebrücke nicht wollen, was die Beschlussvorlage 312 wäre. Seines Erachtens könne der BV 297 zugestimmt werden. Bei der BV 312 sollte man sich noch eine Meinung bilden.

Es handele sich um eine bedeutende Beschlussvorlage für die weitere Entwicklung unserer Stadt, betonte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**. Deshalb sollte jeder genau wissen, worüber jetzt entschieden werden soll. Wenn dies nicht klar sei, sollte eine Auszeit beantragt werden.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die heutige Entscheidung auch ein juristisches Problem darstellt. Daher rühre auch der Einspruch. Die Mitglieder des Stadtrates könnten einerseits etwas bekunden und wollen, andererseits gibt es aber auch eine Gesetzgebung, nach der man sich orientieren müsse. S. E. sei noch nicht klar, was die Rechtsgrundlage ist, an der wir uns orientieren müssen. Diese sollte herausgestellt werden, um die Entscheidung zu erleichtern.

Zur Geschäftsordnung meldete sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Er erklärte, wenn es um den Konsens zwischen Rat und Verwaltung geht, muss er so vermittelt werden, dass er für alle nachvollziehbar ist. Deshalb bitte er, entweder eine Auszeit einzuräumen, oder es gibt eine Erklärung, die so eindeutig ist, dass der Rat es auch

nachvollziehen kann. Er stellte den Antrag auf **Auszeit**. Dem Antrag wurde stattgegeben und eine **8-minütige Auszeit** durchgeführt.

In Fortsetzung der Sitzung ergriff **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, das Wort und legte dar, nach eingehender Beratung, auch mit den anderen Fraktionen, werde die Fraktion bei der Beschlusslage des letzten Rates bleiben und dem Widerspruch nicht zustimmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab zu bedenken, die Verwaltung habe eine viel bessere Position, wenn es einen klaren Stadtratsbeschluss für die Variante 3 gibt. Die Fraktion ist der Meinung, bei der alten Beschlussvorlage zu bleiben und damit die Handlungsposition der Stadt zu stärken.

Herr Oberbürgermeister Koschig betonte, die Intention aus dem Stadtrat wurde im Rahmen des Widerspruchsverfahrens aufgegriffen und man habe die Lichtsignalanlage als einen wichtigen Teil der Fortführung des Planfeststellungsverfahrens erkannt aufgrund des obersten Grundsatzes der Eigentumsinanspruchnahme. Insofern nehme man mit dem geänderten Beschlussvorschlag die Intention des Rates mit und sie werde in das Planfeststellungsverfahren mit eingespielt. Er bitte aber, diesem geänderten Beschlussvorschlag als Ergebnis der Prüfung zuzustimmen.

Er habe gerade Äußerungen vernommen, dass man noch einmal zum Minister fahren sollte, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus. Man werfe sich eigentlich gegenseitig die Bälle zu, so dass es letztendlich wenig bringe. Er stelle fest, es ist ein sehr hohes Misstrauen gegenüber der Verwaltung vorhanden. Dem könne jetzt und hier nicht abgeholfen werden. Er wäre bereit, an einem solchen Termin mit einigen Stadträten und Landtagsabgeordneten zum Minister zu fahren und sich dort die Handlungsspielräume darlegen zu lassen. Letztendlich müsse hier spätestens im Dezember ein Beschluss gefasst werden. Er empfehle, heute die Beschlussfassung zu vertagen und so schnell wie möglich, innerhalb von zwei Wochen das Gespräch zu suchen. Bisher liege nicht schriftlich vor, was das Ministerium den Stadträten gesagt hat. Was es der Verwaltung gesagt habe, wurde im Protokoll festgehalten.

Der **Änderungsantrag** der Verwaltung wurde in der Abstimmung mehrheitlich **abgelehnt** (11:27:04).

Die erneute Abstimmung zur Vorlage **BV 297 ergab mehrheitliche Zustimmung**.
Abstimmungsergebnis: (30:11:01)

- 6.4 Erneute Beschlussfassung aufgrund des Widerspruchs des Oberbürgermeisters: Entscheidung über die Prioritätensetzung zum Einsatz der der Stadt Dessau-Roßlau in der EU-Strukturfondsperiode EFRE 2007 - 2013 in Aussicht gestellten Fördermittel aus dem Programm "Förderung von Vorhaben aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und mit Bundesmitteln nach § 3 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) für Vorhaben des kommunalen Straßenbaus"**
Vorlage: DR/BV/312/2011/VI-66

Die BV 312 in der bereits am 21.09.2011 beschlossenen Fassung wurde wiederum mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:01:02

- 6.5 Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau**
Vorlage: DR/BV/329/2011/I-SKD

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 6.6 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2010**
Vorlage: DR/BV/330/2011/II

Die Entlastung der Betriebsleitung wurde einstimmig ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Frau Beigeordnete Nußbeck übergab Herrn Dr. Dyrna als Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit ein Blumenpräsen.

- 6.7 Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: DR/BV/257/2011/II-EB

Frau Beigeordnete Nußbeck bat um Korrektur der laufenden Nummerierung auf der Seite 3, Anlage 1. Zum Betriebsergebnis, welches in der Vorlage sehr schlecht aussieht, verwies sie darauf, dass es sich um ein bilanzielles Ergebnis handelt. Das wirtschaftliche Ergebnis des Betriebes sei 500 T€ plus.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.8 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2010
Vorlage: DR/BV/258/2011/II-EB

Die Entlastung der Betriebsleitung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

Der Betriebsleiterin, Frau Moritz, wurde der Dank ausgesprochen.

6.9 Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: DR/BV/309/2011/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:01

6.10 Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: DR/BV/310/2011/II-EB

Frau Storz, stellv. Stadtratsvorsitzende, gab die Meinung etlicher Mildenseer Bürger weiter, die sie beauftragt haben, im Stadtrat zu sagen, dass es eine geringfügige Verteuerung ist. Sie würden das gern bezahlen und sind stolze Dessauer, wenn in Dessau die Osterglocken blühen und alles schön aussieht und der Frühling von den Straßenrändern grüßt. Aber bereits 4 Wochen später sind sie nicht mehr so gern Dessauer, weil dann alles überwuchert ist und das Unkraut sprießt. Deshalb werde darum gebeten, dass im nächsten Jahr, wenn das Fest „ANHALT|800“ gefeiert werde, durch den Stadtpflegebetrieb besondere Maßnahmen ergriffen werden, damit das Unkraut an den Straßenrändern beseitigt und die Einfahrten zur Stadt schön gestaltet werden, damit sich unsere Gäste auch bei der Anhaltausstellung wirklich begrüßt fühlen und nicht das Gefühl haben, in einen Kräutergarten mit Distelfaltern zu kommen, so die Bürger.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.11 Maßnahmebeschluss Burg Roßlau
Fortführung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen auf der Burg Roßlau in Bezug auf vorliegende Bewilligungsbescheide aus den Förderprogrammen EU-Strukturfondsförderung 2007 - 2013, OP des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m.der Gewährung von Zuwendung im Rahmen des Stadtumbau Ost zur Aufwertung von Stadtteilen/Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität: Westliche Altstadt" Programmjahr 2009 für die HH-Jahre 2011, 2012 und 2013
Vorlage: DR/BV/263/2011/I-41

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte im Auftrag der Fraktion dar, den Ausbau und die qualifizierte Sanierung der Burg ausdrücklich zu unterstützen und zu signalisieren, weil es teilweise auch Diskussionen in der Öffentlichkeit gibt, was die Prioritäten

der jeweiligen Schwerpunkte in der Stadt betrifft. Er stehe mit seiner Fraktion zu der gemeinsamen Stadt und halte es für gut, dass dieses Objekt sicher ausgebaut wird.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.12 Beschluss über den Änderungsplan des Bebauungsplanes Nr. 108 "Am Elbpavillon" für den Teilbereich A mit dem Titel: Änderungsplan Nr. 108 A "Am Elbpavillon"
Vorlage: DR/BV/322/2011/VI-61

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, begrüßte, dass am Elbpavillon dieser Bebauungsplan neu aufgelegt wird. Es ist dringend notwendig, dass sich dort eine Entwicklung vollzieht. Dennoch verweise er darauf, dass an dieser Stelle in den 90-er Jahren Wohnbebauung in einer hohen Qualität geschaffen wurde.

In einer damals herausgegebenen Broschüre waren dieses Projekt demonstriert und interessante Lösungen vorgestellt worden. Leider habe sich der Prozess nicht ganz so entwickelt und man habe jetzt diese Brache dort. Wenn man an dieser Stelle weiterpläne, sollte darauf geachtet werden, Qualität hinzusetzen und diesen ehemals angedachten Prozess fortzuführen. Wenn wir uns in dieser Stadt das Ziel setzen, gute Architektur auch auszeichnen zu wollen, sollten wir den Ehrgeiz entwickeln, auch im Siedlungsbau solche Maßstäbe zu setzen. Vielleicht wäre es möglich, 2013/2014 dort ein Gebäude mit einem Architekturpreis, wie wir ihn in der Stadt vorgesehen haben, zu bekrönen. Der Bebauungsplan sollte s. E. durch den Gestaltungsausschuss gehen, zur Diskussion gestellt und in diesem Gremium noch einmal darüber befunden werden. Dies sollte mitgenommen werden, wenn wir diesen Prozess weiter begleiten.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.13 Rückgabe von Fördermitteln Soziale Stadt
Vorlage: DR/BV/324/2011/VI-61

Zum Tagesordnungspunkt erhielt **Herr Beigeordneter Hantusch** für die Einführung das Wort. Die Verwaltung sei verpflichtet, vorausschauend zu handeln. Das Rathausdach sei von Jahr zu Jahr maroder geworden. Deshalb habe Herr Hantusch im Januar mit Dr. Daehre gesprochen und nach Fördermitteln gefragt. Dieser habe kategorisch abgelehnt. Nachdem eine neue Landesregierung entstand, habe Herr Hantusch den Vorstoß unternommen, mit Minister Webel zu sprechen. Das Gespräch wurde auf Arbeitsebene vorbereitet. Es wurde versucht, für dieses Dach, welches Erhebliches an Eigenmitteln verbrauchen würde, wenn wir keine Fördermittel auftun könnten, hier solche zu finden. Das war die Ausgangssituation. Herr Minister Webel und auch die Bearbeitungsebene haben zugestimmt, dass sie uns Geld zur Verfügung stellen. Deshalb wurde die Vorlage in der vorliegenden Fassung erstellt. Es wurde gesagt, wir haben im Programm Soziale Stadt, welches eine relativ schlechte Förderquote hat, Geld und geben dieses zurück.

Es sei nun so, dass auf dem Arbeitsweg heute etwas möglich ist, was morgen nicht möglich ist, weil alles im Fluss ist. Wir haben ein ausgeprägtes, gutes und ausdifferen-

ziertes Fördermittelmanagement. Dieses Fördermittelmanagement hat uns in die Lage versetzt, dass wir heute einen Änderungsantrag vorstellen wollen. Dieser lautet dahingehend, dass es uns gelungen ist, für die Grünachse Wallstraße aus dem Programm Stadtumbau Ost und KP 2 Mittel zur Verfügung zu stellen in der Größenordnung von 255 TEUR. In der Zwischenzeit haben wir auch am Pollingpark gearbeitet und das Wegesystem mit den gleichen Mitteln vorgesehen, d. h. mit Mitteln von Stadtumbau Ost. So sind im Grunde genommen zwei Dinge offen aus der Vorlage vom 02.02.11, in der die Maßnahmen aufgrund unserer Vorlage beschlossen wurden. Diese offenen Maßnahmen sind der Spielplatz Pollingpark und der Spielplatz Rondel. Durch diese Umschichtung von Fördermitteln ist es gelungen, dass die gesamten Projekte aus dem Beschluss vom 02.02.2011 realisiert werden können bzw. könnten. Das heißt, wir sind dann in der Lage, die volle Umsetzung des Beschlusses zu erwirken, wir haben eine höhere Fördermittelquote, weil Stadtumbau Ost höher befördert wird, wir haben ein verbessertes Verhältnis von investiven und nichtinvestiven Mittel und wir können das Signal geben an die Landesregierung, dass wir diese mündliche Vereinbarung einhalten können. D. h. wir geben Geld zurück und erwarten in einem anderen Programm für das Rathaus Fördermittel zurück.

Weshalb er die Einschränkung gemacht habe, liege daran, es gibt das Problem, es sind Fördermittel, aber wir haben keine Eigenmittel, verwies Herr Hantusch auch auf die Anmerkungen von Frau Nußbeck in ihrer Einführung in den Haushalt. Im Moment haben wir also für die beiden genannten Spielplätze keine Eigenmittel und müssten diese erst suchen. Die Verwaltung sei aber guter Dinge, dass wir auch hierfür Eigenmittel bekommen. Sollte es uns gelingen, haben wir eine vollumfängliche Realisation des Beschlusses, eine bessere Förderquote, das richtige Verhältnis der investiven und nichtinvestiven Maßnahmen und geben das Signal an das Land. Wir haben dann aus der „Sozialen Stadt“ Fördergelder in Höhe von Restfördergeldern in Höhe von 366 TEUR zurückgeben.

Wir machen das nicht, weil der SPD-Beigeordnete nicht sozial angehaucht ist, sondern es sei ersichtlich, dass es mit sehr viel Akribie und aus der Not heraus, weil es eben schwierig ist, Gelder zu bekommen in der Größenordnung von Millionen. Wenn wir in die Lage versetzt sind, dass wir das Rathausdach über Eigenmittel finanzieren müssen, dann können wir so gut wie keine freiwilligen Aufgaben - dazu gehören auch soziale Aufgaben - mehr leisten. Aus diesem Grunde bat **Herr Beigeordneter Hantusch** um Zustimmung zu dem Änderungsantrag, der dem Präsidium vorliegt.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner brachte kritisch zum Ausdruck, dass es äußerst misslich ist, wenn eine $\frac{3}{4}$ Stunde vor der Stadtratssitzung von der Verwaltung in das Büro des Stadtrates Änderungsanträge gegeben werden, bei denen gesagt wird, dass sich nur eine Zahl ändere. Jetzt stelle sich heraus, dass ein völlig anderes Zahlenwerk entsteht als das, was den Stadträten ausgereicht wurde. Dies sei absolut eine nicht nachvollziehbare Schlamperei. Er werde den Änderungsantrag jetzt zunächst kopieren und an die Stadträte ausreichen lassen.

Er weise es entschieden zurück, der Stadtverwaltung Schlamperei vorzuwerfen, entgegenete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Verwaltung habe bis zuletzt gearbeitet. Es würde unterstellt, dass man bewusst diese Vorlage zu spät eingereicht habe.

Herr Trocha, CDU-Fraktion, stellte den Antrag, diese Beschlussvorlage in den Sozialausschuss zurück zu verweisen. Dieser sei überhaupt nicht angehört worden und er könne auch nicht verstehen, wie ein Sozialdezernent so still dabei sitzenbleiben kann, wenn Mittel für die Soziale Stadt zurückgegeben werden sollen. Zu bedenken gebe er, wenn Fördermittel an Bund und an Land zurückgegeben werden und man stelle demnächst wieder Anträge, dann würde garantiert gesagt, wir hätten erst welche zurückgegeben oder wir bekommen dann noch weniger beim nächsten Mal.

Die Kritik des Stadtratsvorsitzenden wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, unterstützt. Die Änderungsvorlage hätte auch heute in der 20-minütigen Pause ausgeteilt werden können, so dass sie jeder hätte lesen können.

Das eigentliche Problem sei die Beratungsabfolge, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an. Man könne hier nur etwas beschließen, was in den Gremien identisch mit der heutigen Vorlage ist. Wenn sie im Grundsatz geändert wird, hat es mit dem, was in den Ausschüssen beschlossen wurde, nichts mehr zu tun. Er wolle nicht den Weg der Verwaltung in Frage stellen, das wurde lange diskutiert und es ist auch sehr unglücklich öffentlich diskutiert worden. Er frage daher, ob eine Chance besteht, es zu vertagen, um sich ordentlich auf die Beschlusslage vorzubereiten. Alles andere wäre inkonsequent - dies richtete er an das Präsidium.

Herr Dr. Exner stellte fest, dass ein Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung und ein Verweisungsantrag gestellt wurden. Er brachte den Antrag auf **Verweisung in den Sozialausschuss, Bauausschuss sowie Finanzausschuss** zur Abstimmung. Der Antrag wurde mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme und zwei Enthaltungen) angenommen.

6.14 Überarbeitung der Winterdienstsatzung und Straßenreinigungssatzung Vorlage: DR/BV/239/2011/VI-66

Zunächst teilte Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner das Beratungsergebnis aus dem Betriebsausschuss Stadtpflege mit (6:0:0 angenommen). Es gab keinen Redebedarf. Die überarbeitete Satzung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

6.15 Radverkehrskonzept für die Stadt Dessau-Roßlau, Festlegungen zur Bearbeitung des Konzeptes Vorlage: DR/BV/339/2011/VI-66

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf die zwei vorliegenden Beschlussvorlagen mit gleichem Thema. Sofern der Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen wird, würde die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen ihre Beschlussvorlage zurückziehen. Allerdings wird zur Vorlage der Verwaltung eine Ergänzung gewünscht. Als **Punkt 4** soll hinzugefügt werden: „**Stufe 1 und 2 werden mit aktiver Bürgerbeteiligung erarbeitet (eine öffentliche Veranstaltung je Stufe).**“

Der Änderungsantrag wurde abgestimmt und einstimmig angenommen. Die Vorlage in der ergänzten Fassung kam zur Abstimmung und wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:04

- 6.16 Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: DR/BV/319/2011/BL/Gr - zurückgezogen -
- 6.17 Änderung der Gebührentarife der Sondernutzungssatzung zum 1. Januar 2012**
Vorlage: DR/BV/325/2011/VI-66

Einführungs- oder Diskussionsbedarf bestand nicht.

Die Änderung der Gebührentarife wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:01:02

Der öffentliche Teil der Sitzung des Stadtrates wurde geschlossen.

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.02.12

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin